



SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2016

Beschlüsse

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: SGGZ 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Die SPD als Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Linke Volkspartei für Nordhessen

Die SPD ist die linke Volkspartei in Deutschland. Ihre Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die SPD hat als stärkste Kraft Nordhessens in Verantwortung für die Menschen den Wiederaufbau unserer Region nach dem 2. Weltkrieg erfolgreich mitgetragen und sozial gestaltet. Sie ist die Partei der Arbeit. Sie ist Friedenspartei. Sie ist die Nordhessenpartei.

Die SPD in Nordhessen ist tief in der Gesellschaft verankert. Sie ist die Kommunalpartei - in Nordhessen ist die SPD in nahezu jedem Kommunalparlament vertreten. Sie steht für gelebte Demokratie, für gesellschaftliche Emanzipation und für die Teilhabe aller. Sie verpflichtet sich der Aufgabe, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und Werte, ebenso wie zivilgesellschaftliche Initiativen für die Region und die Gesellschaft zu vereinen.

Nur die SPD hat eine tragfähige Vorstellung von Gemeinwohl, Solidarität und Sozialer Gerechtigkeit. Damit spricht sie viele Menschen an. Nur so kann gesellschaftlicher und sozialer Zusammenhalt hergestellt und bewahrt werden.

Integration ist heute eine Herausforderung in unserer Gesellschaft. Sie betrifft die Menschen, die zu uns kommen, aber auch diejenigen, die in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen leben und die Sorge haben, abgehängt zu werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir wollen auch verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

Sozialdemokraten sind überall in Europa politisch unter Druck

Überall in Europa verlieren traditionelle Parteien an Einfluss. In ganz Europa steht auch die Sozialdemokratie unter Druck und die Wählerschaft bröckelt. Das gilt unabhängig davon, ob sie an der Macht ist oder nicht, ob das jeweilige Land vor wichtigen Reformen steht oder diese längst hinter sich hat. Stattdessen triumphieren die Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen.

Sozialdemokraten, wie der Ministerpräsident der Slowakei, Robert Fico, der genau wie der ehemalige Bundeskanzler Faymann von Österreich die Rechte zunächst aufzuhalten versuchte,

38 fielen zuletzt durch eine Anti-Flüchtlingsrhetorik auf. Dennoch gerieten sie bei Umfragen weiter
39 unter Druck und ihre Parteien büßten bei Wahlen erheblich Stimmen ein.

40

41 Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Auswirkungen der Flüchtlingskrise
42 auch im Hinblick auf die Wählerwanderungen nicht ungefährlich. Nicht nur, dass wir in
43 Nordhessen Wähler und Wählerinnen an die AfD verloren haben.

44

45 Viel schlimmer: Wo gesamteuropäische Lösungen gefragt sind, bieten die Rechtspopulisten
46 und Rechtspopulistinnen nur dumpfen Protest und keine gesellschaftlich tragfähigen Lösungen
47 an. Sie verbreiten keine Hoffnung und missbrauchen die Flüchtlinge zum Schüren von Angst,
48 Hass und Fremdenfeindlichkeit.

49

50 Die Flüchtlingswanderung unter anderem aus dem Irak ist Folge einer Politik im Nahen Osten,
51 die die SPD, nicht nur unter Bundeskanzler Schröder in der rot-grünen Bundesregierung, immer
52 abgelehnt hat – insbesondere den Irakkrieg.

53

54 Die absehbare Ankunft von Armutsflüchtlingsen aus Ost- und Nordafrika sind das Ergebnis eines
55 Nord-Süd-Konfliktes, zu dessen Eindämmung Willy Brandt schon 1977 die Nord-Süd-
56 Kommission ins Leben rief.

57

58 Lösungen hierfür finden sich aber nicht im dumpfen Anti-Europa-Kurs, sondern nur in
59 internationaler Solidarität. Sie ist keine „linke Spinnerei“, sondern die Antwort auf die
60 Herausforderungen der Zukunft, für die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer
61 eingestanden haben. Hier müssen wir wieder verstärkt ansetzen und Europa – wo EU-
62 Parlamentspräsident Martin Schulz hervorragende Arbeit leistet – mit Leidenschaft stützen.
63 Gerade hier dürfen sich europäische Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht
64 entmutigen lassen.

65

66

67 **Keine Spaltung der Gesellschaft**

68

69 Wir dürfen nicht zulassen, dass Zug um Zug Ausgrenzung, Hass und Demagogie Raum greifen.

70

71 Es besteht die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass die
72 Ärmsten hierzulande gegen die Ärmsten von außerhalb ausgespielt werden, dass wir
73 Menschen und ihre Hoffnungen auf den Gegensatz „Deutsche gegen Ausländer“ reduzieren.

74

75 Wir müssen uns gegen die Spaltung der Gesellschaft und den alltäglichen Rassismus durch die
76 Rechten wehren.

77

78

79 **Zweifache Integration in unserer Gesellschaft erforderlich**

80

81 Zu unseren Lösungen gehört, dass mit dem Flüchtlingszuzug eine zweifache Integration
82 erforderlich ist, die nicht nur eine Integration der zu uns gezogenen Menschen vorsieht.

83

84 Einerseits müssen die Neuankömmlinge aufgenommen und integriert werden, andererseits
85 dürfen sich vor allem Menschen mit weniger finanziellen Ressourcen nicht zurückgelassen
86 fühlen, sondern müssen jetzt erst recht Solidarität erfahren. Deshalb ist ein neuer Solidarpakt
87 richtig.

88

89 Die SPD muss den Bürgerinnen und Bürgern die Angst nehmen, wirtschaftlich zurück zu
90 bleiben und abgehängt zu werden. Jeder muss die Chancen und Möglichkeiten haben, sein
91 Leben nach seinen Vorstellungen gestalten zu können!

92

93 Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass die Integration tatsächlich gelingen kann. Dazu
94 gehört das unverzichtbare und schnellstmögliche Erlernen der deutschen Sprache.

95
96 **Wir fordern:**
97 • Wir brauchen zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die innere Sicherheit, für
98 Bildung, für Schulen und eine angemessene Altersversorgung. Wir brauchen gleichzeitig
99 zusätzliche finanzielle Mittel für die tatsächliche Integration von Flüchtlingen.

100
101 Nur so können Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen Glaubwürdigkeit und Vertrauen für
102 die Politik insgesamt zurückgewinnen.

103
104
105 **Den Sozialstaat und gute Arbeit zukunftssicher machen**

106
107 Die rot-grüne Bundesregierung hat vor 13 Jahren, bei einer Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen
108 Menschen und einer massiven Staatsverschuldung, Strukturreformen beschlossen und
109 umgesetzt. Das hatte soziale Härten und einige gesellschaftliche Fehlentwicklungen zur Folge.
110 Inzwischen haben wir im Staatshaushalt ein Plus von 12 Milliarden Euro und die Wirtschaft
111 "brummt". Es geht uns in Deutschland, bedingt durch frühzeitig eingeleitete Reformen, den
112 großen Exportüberschuss der Wirtschaft und den niedrigen Rohölpreis vergleichsweise gut in
113 Europa. Zuletzt wurden Reallohnsteigerung von 3% und Rentensteigerungen von 4,3%, im
114 Osten sogar 6%, erzielt und die Arbeitslosenzahl konnte mit 2,5 Millionen fast halbiert werden.
115 Mit über 44 Millionen Erwerbstätigen haben wir zudem einen Beschäftigungsrekord erreicht.

116
117 Es ist aber auch gleichzeitig eine Tatsache, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und
118 Reich größer geworden ist, da in den letzten 20 Jahren die Reallöhne insgesamt
119 zurückgegangen sind und der Niedriglohnsektor ausgeweitet wurde. Eins ist der SPD im
120 Hinblick auf diese Reformen klar geworden: Nie wieder darf die Politik den Wert der Arbeit in
121 Frage stellen.

122
123 Die SPD hat in der Regierungsverantwortung als wesentlich kleinerer Koalitionspartner der
124 aktuellen Bundesregierung erreicht, dass soziale Ungerechtigkeiten politisch angegangen und
125 zum Teil entschärft werden konnten. Der Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein für eine neue
126 Politik der Gerechtigkeit. Auch in der Sozial- und Rentenpolitik haben wir Sozialdemokraten und
127 Sozialdemokratinnen einiges erreicht. Das wird auch von den Gewerkschaften ausdrücklich
128 anerkannt.

129 Dabei dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass wir in den Koalitionsverhandlungen mit der Union
130 Zugeständnisse beim Mindestlohn machen mussten. Wir stehen weiter an der Seite der
131 Gewerkschaften und lehnen die Ausnahmen vom Mindestlohn ab. Egal ob für Minderjährige,
132 Langzeitarbeitslose oder Scheinpraktikantinnen und -praktikanten, keine Arbeit darf weniger
133 wert sein als der gesetzlich geregelte Mindestlohn!

134
135
136 Viele Verbesserungen, für die die SPD lange gekämpft hat, werden im Alltag der Menschen
137 spürbar: Mindestlohn, Frauenquote, ElterngeldPlus. Mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze.
138 Die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren und bessere Leistungen in der Pflege,
139 Mietpreisbremse, Doppelpass, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden.
140 Gleichzeitig haben wir Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz,
141 Städtebau und Infrastruktur auf den Weg gebracht. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte
142 und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort. Das kann sich wirklich sehen lassen!

143
144 Ohne die SPD-Bundestagsfraktion wären diese gesellschaftlichen Fortschritte nicht denkbar
145 gewesen.

146
147 Nach Mindestlohn, Rentenpaket und Tarifeinheit setzt unsere Bundesarbeitsministerin Andrea
148 Nahles zudem das nächste wichtige Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um: Den

149 Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Damit wird
150 es zukünftig klare Regeln für Leiharbeit und Werkverträge geben.

151
152 Wir verhindern so den Missbrauch und das Umgehen von Arbeitsstandards. Wir
153 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht, dass durch Werkverträge und
154 Leiharbeit die Stammebelegschaft verdrängt wird oder Arbeiternehmer und Arbeitnehmerinnen
155 jahrelang mit Leih- und Werkverträgen arbeiten. Gerade für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen
156 sowie Beschäftigte mit Werkverträgen gilt: Gute Arbeit braucht klare Regeln!

157
158 Dieses Ziel haben wir im Dialog mit den Sozialpartnern erreicht. Uns war wichtig, dass das
159 Gesetz die Leiharbeit durch die neue Überlassungshöchstdauer und bei gleicher Bezahlung auf
160 ihre eigentliche Funktion zurückführt: Sie wird Unternehmen auch zukünftig die nötige
161 Flexibilität bieten, aber nicht weiter als Instrument zur Verdrängung der Stammebelegschaft
162 dienen.

163
164 Das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen ist ein
165 weiterer Schritt in die richtige Richtung.

166
167 **Wir fordern:**

- 168 • gute Löhne durch den Ausbau flächendeckender Tarifverträge voranbringen,
- 169 • mehr Tarifverträge in den neuen Dienstleistungsbranchen zu forcieren,
- 170 • die sachgrundlose Befristung abzuschaffen.

171
172
173 **Wir brauchen eine Lebensleistungsrente, die den Namen verdient hat, und ein**
174 **auskömmliches Rentenniveau**

175
176 Eine zukunftssichere allgemeine und solidarische Rentenversicherung, ist ein wichtiger
177 Bestandteil unseres Sozialstaatsprinzips nach Art. 20 GG.

178
179 Die Rentenversicherung gewährleistet soziale Absicherung im Alter. Sie hat zwei Weltkriege
180 und mehrere Inflationen überstanden und ist besser und effizienter als ihr Ruf. Gerade die
181 Finanzmarktkrise hat dies in 2008/2009 wieder deutlich gemacht.
182 Die Sorgen im Hinblick auf eine Altersarmut sind trotzdem weit verbreitet und berechtigt. Die
183 gesetzliche Rentenversicherung hat bezogen auf die demografische Entwicklung an Vertrauen
184 eingebüßt. Diese Sorgen nehmen wir als SPD ernst!

185
186 Es wenden sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik ab und erwarten trotzdem viel
187 vom Staat. Sie machen ihn für alles verantwortlich, was in ihrem Leben schief läuft. Der Glaube
188 daran, dass Parteien durch politisches Handeln dazu beitragen, das eigene Leben zu
189 verbessern, ist insgesamt dramatisch gesunken. Die Menschen trauen auch der SPD oftmals
190 nicht mehr zu, für sie etwas zum Guten zu wenden.

191
192 Der Bevölkerung ist die Sorge vor Altersarmut zu nehmen und das Vertrauen in die
193 Rentenversicherung wieder zu stärken.

194
195 **Wir fordern:**

- 196 • die Altersrente auf dem heutigen Niveau zu halten und perspektivisch zu steigern
- 197 • eine über der Grundsicherung liegende solidarische Lebensleistungsrente
- 198 • eine private Zusatzversorgung nur unter dem Dach der gesetzlichen
199 Rentenversicherung staatlich zu fördern
- 200 • schließlich als Reformziel: die Einführung einer Bürgerversicherung.

201
202
203 Das muss der Programmauftrag für die SPD im nächsten Jahr, im Rahmen der Bundestagswahl
204 und auch darüber hinaus, sein.

205
206 **Für mehr Steuergerechtigkeit**
207
208 Steuergerechtigkeit ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Fehlende
209 Steuergerechtigkeit untergräbt den Zusammenhalt der Gesellschaft!
210
211 Die gesellschaftliche Balance befindet sich trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in einer
212 Schiefelage. Die Sozialdemokratie muss auch hier Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Einkommen
213 und Vermögen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind in Deutschland
214 ungerecht verteilt.
215
216 Die fehlende Steuergerechtigkeit schadet dem Zusammenhalt der Gesellschaft.
217
218 Die Sozialdemokratie muss an dieser Stelle ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Vermögen
219 und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind in Deutschland ungerecht verteilt.
220 Neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, sowie nachfrageorientierten Tarifergebnissen der
221 Tarifparteien, steht der Staat im Rahmen seiner Steuer- und Finanzpolitik in der Verantwortung,
222 Reichtum gerecht zu verteilen. So leistet er einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit, aber auch
223 einen Beitrag für ausreichende und volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen in die öffentliche
224 Infrastruktur.
225
226 Die Frage der Steuergerechtigkeit ist auch dadurch geprägt, dass viele Menschen sich
227 ungerecht behandelt fühlen. Immer weniger ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler
228 müssen die Last alleine tragen, während sich immer mehr wohlhabende Menschen der
229 Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entziehen. Die aktuellen Enthüllungen der Panama
230 Papers haben einmal mehr bestätigt, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der Gesellschaft der
231 ehrlichen und fairen Besteuerung entzieht und sich unsozial gegenüber der Gesellschaft
232 verhält. Dadurch entgehen dem Staat wichtige Einnahmen. Steuerflüchtlinge, -hinterzieher und
233 -betrüger gefährden den sozialen Frieden. Dem gilt es entschlossen entgegenzuwirken!
234
235 Wirtschaftlich starke Schultern müssen mehr tragen als wirtschaftlich schwache Schultern. Dies
236 ist ein Grundsatz der Sozialdemokratie! Das ist nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch
237 gerechtfertigt. Eine gerechte Verteilung von Steuerlasten muss ein Kernanliegen der
238 Sozialdemokratie sein. Dies beinhaltet eine faire Besteuerung aller Einkommensarten, nicht nur
239 die Lohn- und Einkommenssteuerzahler sollten die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben
240 tragen.
241
242 Es gilt Lösungen zu finden, um der demografischen Entwicklung und einer drohenden
243 Armutsrente entgegenzuwirken. Das ist nur mit einer soliden Einnahmebasis des Staates zu
244 schaffen.
245
246 Kapitalerträge dürfen gegenüber dem Einkommen aus Arbeit nicht länger bevorzugt werden.
247 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Erbschaftssteuer ermöglicht eine
248 gerechte Reform des Erbschafts- und Schenkungssteuerrechts. Hierbei müssen kleinere und
249 mittlere Erbschaften auch zukünftig steuerfrei bleiben. Hohe Erbschaften sind endlich gerecht
250 zu besteuern.
251
252 Für die Sozialdemokratie ist eine gerechte Steuerpolitik die Grundlage für den Zusammenhalt
253 der Gesellschaft. Nur mit der Sozialdemokratie kann eine sozial gerechte und
254 gemeinwohlorientierte Gesellschaft weiterhin Bestand haben!
255
256
257 **Wir fordern:**
258 • eine stärkere Beteiligung hoher Vermögen an der Finanzierung der gesellschaftlichen
259 Aufgaben,

- 260
- 261
- 262
- 263
- 264
- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- die Abschaffung der pauschalen Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent durch eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen,
 - eine Entlastung geringer und mittlerer Einkommen durch die Abschaffung der kalten Progression, zugleich eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 49 Prozent bei zu versteuerndem Einkommen ab 100.000 Euro für Einzelpersonen bzw. 200.000 für Eheleute
 - eine sozial gerechte Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen und
 - die Einführung einer Finanztransaktionssteuer,
 - eine Reform des Ehegattensplittings: Ziel muss es sein, die besondere Fürsorge, die in gemeinschaftlichen Lebensformen erfolgt, staatlich zu unterstützen.

270

271

272 **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen**

273

274 Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt, dass jährlich mindestens 30 Milliarden Euro über

275 Steuerhinterziehung und Steuerbetrug dem Staat vorenthalten beziehungsweise geraubt

276 werden.

277

278 Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand und muss weiter mit allen zur Verfügung stehenden

279 Mitteln bekämpft werden. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert. Ein starker Staat muss auch

280 die Rolle der Banken ins Visier nehmen und Möglichkeiten zur Sanktionierung finden. Es darf

281 kein System toleriert werden, das den Banken erlaubt, ein System zur Verschleierung von

282 Geldtransfers zu installieren, welches einzig dem Ziel dient, Einkünfte im Ausland zu

283 verschleiern.

284

285 Zudem darf es nicht sein, dass sich internationale Großkonzerne mit ihren Steuersparmodellen

286 brüsten. Diese Großkonzerne profitieren in hohem Maße von staatlichen Leistungen, entziehen

287 sich jedoch bewusst der Mitfinanzierung. Dadurch werden dem deutschen Staat Milliarden Euro

288 pro Jahr vorenthalten, sei es durch Steuerschlupflöcher oder Steueroasen in und außerhalb der

289 EU.

290

290 **Wir fordern:**

291

- einen umfassenden internationalen Datenaustausch, der verhindert, dass Einkünfte im Ausland versteckt werden können,
- eine EU-weite Mindestbesteuerung von Unternehmen,
- die Austrocknung von Steueroasen in und außerhalb der EU,
- Unternehmensgewinne sind in den Ländern zu versteuern in denen sie erwirtschaftet werden,
- eine angemessene Personalausstattung der Finanzbehörden zur Bekämpfung von Steuerflucht und
- diese Forderungen im nationalen Steuerrecht weitestmöglich umzusetzen.

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302 **Arbeit 4.0**

303

304 Der digitale Wandel erfasst viele unserer Lebensbereiche. Wie schon im 19. Jahrhundert, im

305 Zuge der aufkommenden Industrialisierung werden die Bürgerinnen und Bürger, werden

306 Gesellschaft und Politik großen Veränderungen ausgesetzt werden Die Abschaffung der

307 Monarchien, die sich entwickelnden Demokratien sind ein Ergebnis der fundamentalen

308 Umwälzungen, ebenso wie die mit neuen Waffentechnologien geführten Weltkriege.

309

310 Die technologischen Entwicklungen, die sich aus der Digitalisierung vieler Lebensbereiche

311 ergeben, sind keine zwangsläufigen. Die Möglichkeiten der Überwachung und Steuerung der

312 Gesellschaft wachsen ständig. Dabei gehen die Gefahren nicht selten von

313 marktbeherrschenden Großkonzernen aus, die übernational und überkontinental die

314 notwendigen Datengrundlagen sammeln. Die Freiheit des einzelnen Menschen, wie auch der

315 Menschheit ist erstmals nicht vorrangig staatlich, sondern privatwirtschaftlich bedroht. Daher
316 muss dieser technologischen Entwicklung ein gesellschaftlicher Rahmen gegeben werden.
317 Denn technischer Fortschritt ist nicht von alleine ein gesellschaftlicher. Es bleibt bei der alten
318 sozialdemokratischen Erkenntnis, dass neue Technologien nicht von sich aus Fortschritt
319 bedeuten. Vielmehr sind sie dann fortschrittlich, wenn sie unser Zusammenleben friedlicher,
320 freiheitlicher und sozialer werden lassen.

321
322 Die technische Revolution, der digitale Wandel, erfasst immer mehr Lebensbereiche – und
323 natürlich auch die Wirtschaft.

324
325 Die Digitalisierung eröffnet Chancen und schafft Vereinfachungen – sie stellt uns aber auch vor
326 neue Herausforderungen.

327
328 Wir wollen die Weichen jetzt richtig stellen. Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine
329 wichtige Grundlage, denn nur eine moderne, vernetzte Wirtschaft bringt uns neue
330 Möglichkeiten, um auch in Zukunft erfolgreich sein zu können.
331 Damit bleibt Deutschland als Standort für Investoren und junge Gründer attraktiv. Forschende
332 Unternehmen werden durch besondere Förderung stärker unterstützt und Abgaben verringert.
333 Start-ups sollen es leichter haben.

334
335 Wir wollen die Leitplanken für den digitalen Wandel setzen und die Zukunft gestalten!
336 Digitale Teilhabe muss ein Grundrecht aller Menschen sein!

337
338 **Wir fordern:**

- 339 • das Regionalmanagement im Hinblick auf ein gemeinsames Wirtschaftskonzept für
340 Nordhessen weiter zu stärken,
- 341 • einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandes in ganz Deutschland anzugehen und
342 darüber hinaus, die Technik von morgen im Auge zu behalten und flexibel darauf zu
343 reagieren,
- 344 • die Arbeitnehmerrechtestandards auch im Zuge des digitalen Wandels am Arbeitsplatz
345 zu erhalten,
- 346 • die digitale Teilhabe als ein Grundrecht für alle Menschen auch in Nordhessen zu
347 verstehen.

348
349
350 **Mit erneuerbaren Energien aus dezentraler Erzeugung Wertschöpfung in Nordhessen**
351 **schaffen**

352
353 Wir wollen die Energiewende. Sie ist unser zentrales Zukunftsprojekt und gleichzeitig eines der
354 größten Modernisierungsprojekte unseres Landes. Kluge Energiepolitik ist immer auch eine
355 kluge Wirtschaftspolitik. Eine erfolgreiche Energiewende modernisiert Deutschland und stärkt
356 die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.

357
358 Deutschland braucht saubere, sichere und bezahlbare Energie. Das Erneuerbare-Energien-
359 Gesetz (EEG), das Rot-Grün im Jahr 2000 verabschiedet hat, ist ein außerordentlich
360 erfolgreiches Instrument zur Förderung von Ökostrom.

361
362 Nach 16 Jahren EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) stammen heute 33 Prozent des in
363 Deutschland produzierten Stroms aus erneuerbaren Energien. Ökostrom ist eine feste Säule
364 unserer Energieversorgung geworden und wir werden den Anteil weiter steigern, im Jahre 2025
365 werden es 45 Prozent sein.

366
367 Zudem wurden mittlerweile rund 370.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien
368 geschaffen. Gerade wir in Nordhessen haben im Hinblick auf den Klimaschutz nicht nur in
369 ökologischer, sondern auch in ökonomischer Sicht von der Energiewende profitiert. Das
370 Leuchtturmunternehmen SMA in Niestetal ist ein Beweis dafür.

371
372 Der Mittelstand, beispielsweise viele Heizungs- und Sanitärbetriebe in unserer Region, konnten
373 viele neue Arbeitsplätze und damit wirtschaftliche Wertschöpfung vor Ort schaffen bzw.
374 erzielen. Hierfür steht u.a. die Firma Viessmann, die umfassende Systemlösungen anbietet und
375 inzwischen sogar in die Power-To-Gas-Technologie investiert.

376
377 Die Energiewende ist der Weg in eine Zukunft ohne Atomenergie und sie macht unser Land
378 unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen. Daher halten wir an dem Ziel des
379 hessischen Energiegipfels fest, bis 2050 Hessens Energieversorgung vollständig mit
380 erneuerbaren Energien sicherzustellen.

381
382 Bei der anstehenden Novellierung des EEG muss oberstes Ziel sein, die erneuerbaren
383 Energien nicht auszubremsen. Insbesondere die Photovoltaik und die Windenergie sind für die
384 Umsetzung der Energiewende in Nordhessen elementar. Für das Erreichen der hessischen
385 Energieziele brauchen wir den Ausbau der Windkraft im Binnenland insbesondere durch
386 Stadtwerke, Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften. Eine aktuelle Studie des IdE
387 verdeutlicht die hohe Wertschöpfungsrate bei regional projektierten und betriebenen Windparks.

388
389 Mit überzeugenden Mieterstromkonzepten kann der mittlerweile günstig erzeugte
390 Photovoltaikstrom auch an Mieter weitergegeben werden, so dass auch Menschen mit
391 geringeren Einkommen von der Energiewende profitieren können. Durch die Beteiligung von
392 Stadtwerken und Kommunen können die kommunalen Haushalte von den Einnahmen bspw.
393 aus Windparkbeteiligungen profitieren. Diese Einnahmen kommen der gesamten Bevölkerung
394 zugute.

395
396 **Wir fordern:**

- 397 • bei der aktuellen EEG- Novellierung die Einführung einer Ausnahme von
398 Ausschreibungen für kleine Windparks à 6 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 18
399 MW zu (sog. De-Minimis-Regelung). Kommunen, Mittelstand und Bürger würden mit
400 dieser Regelung die nötige Luft zum Atmen bekommen, um die preiswerte Windkraft in
401 regional verwurzelten Projekten weiter ausbauen zu können. Die geplante 5%-
402 Sonderkürzung der Vergütung von Windenergieanlagen mit einer Genehmigung vor
403 dem 1.1.2017 muss gestrichen werden. Sie widerspricht dem Vertrauensschutz.
- 404 • dass Hessen nicht zum Netzengpassgebiet erklärt wird und auf diese Weise der Ausbau
405 der Windkraft zusätzlich gedrosselt wird. In Hessen werden kaum Windparks wegen
406 Netzengpässen abgeregelt.
- 407 • dass die Hessische Landesregierung bei der Vergabe von HessenForst-Flächen für
408 Windkraftanlagen regionale Anbieter mit überzeugenden Bürgerbeteiligungsmodellen
409 den Vorzug vor Windkraftprojekten großer Finanzfonds gibt, die nur mit hohen
410 Pachtzahlungen locken.
- 411 • dass die hessische Landesregierung den Anrainerkommunen von Windparks auf
412 HessenForst-Flächen 30% der Pachteinnahmen zugesteht, wie dies in Rheinland-Pfalz
413 gängige Praxis ist.

414
415
416 **Für eine Gesundheitspolitik im Interesse der Patienten**

417
418 Jeder muss Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen,
419 Lebensalter und Wohnort haben. Jeder soll am medizinischen Fortschritt teilhaben. Das geht
420 nur mit einer gerechten und solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung.

421
422 Zur Zeit haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin im ambulanten Bereich. Der Arzt bekommt für
423 seine Behandlung eines Privatpatienten eine wesentlich höhere Vergütung als bei einem
424 gesetzlich Versicherten. Dieser Fehlanreiz führt dazu, dass Privatpatienten bevorzugt behandelt
425 und zum Teil sogar übertversorgt werden. Deshalb fordern wir eine Bürgerversicherung, in die
426 alle in ein einheitliches, solidarisches System einzahlen.

427
428 Die Gesundheitspolitik der Großen Koalition trägt bereits eine deutliche sozialdemokratische
429 Handschrift. Wir haben nicht nur den Reformstau in der Pflege mit 5 Mrd. Mehraufwendungen
430 ab 2017 aufgelöst, sondern auch mit dem Versorgungsstärkungsgesetz durchgesetzt, dass
431 jeder Patient Anspruch auf einen Facharzttermin innerhalb von vier Wochen hat.
432
433 Auch die Krankenhäuser sind durch Qualitätszuschläge und durch eine verbesserte
434 Finanzierung des Personals mithilfe eines Pflegezuschlags, eines
435 Pflegestellenförderprogramms und auch die Möglichkeit einer Refinanzierung von
436 Tarifsteigerungen gestärkt worden.
437
438 Die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung haben wir mehr als verdoppelt und die
439 Palliativmedizin und Hospizversorgung auf dem Land verbessert.

440 **Wir fordern:**

- 441 • Die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der GKV – für eine
442 gleiche und gerechte Beitragsbelastung von Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen sowie
443 Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen!
- 444 • Keine weitere Privatisierung der Krankenhauslandschaft. Krankenhäuser sind Teil der
445 öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 446 • Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung
447

448 **Entwicklungszusammenarbeit stärken – Fluchtursachen bekämpfen**

449
450 Ein wichtiges Instrument zur Fluchtursachenbekämpfung ist die öffentliche
451 Entwicklungszusammenarbeit und damit die wirtschaftliche Stärkung von Ländern, vor allem in
452 Asien und Afrika.

453
454 Die Weltgemeinschaft verpflichtete sich im Jahr 2000 bei der Bekanntgabe der
455 Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), bis 2015 ihre Ausgaben für die öffentliche
456 Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – kurz ODA-Ausgaben
457 genannt) auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Auch im Koalitionsvertrag
458 versprach die Bundesregierung an diesem Ziel festzuhalten.
459

460
461 Das 0,7-Prozent-Ziel erreicht Deutschland bei weitem nicht. Prognosen zufolge wird die
462 Etatsteigerung zu einem Anstieg der ODA-Quote von derzeit 0,42 Prozent auf 0,51 Prozent bis
463 2020 führen. Dies ist nicht ausreichend und entspricht nicht der selbst gesetzten politischen
464 Zielvorgabe.
465

466 **Wir fordern:**

- 467 • Das Ziel von 0,7 Prozent vom Bruttonationalprodukt für Entwicklungszusammenarbeit
468 auszugeben, ist einzuhalten.
469

470 **Perspektiven sozialdemokratischer Politik**

471
472 Die SPD unterscheidet sich von allen anderen Parteien in ihrer Programmatik:

473
474 Nur die SPD steht für sozialen Ausgleich, für gerechte Umverteilung und verbindet dies mit
475 wirtschaftlicher Vernunft und Nachhaltigkeit sowie der ökologischen Erneuerung der
476 Gesellschaft!

477
478 Die Politik dieser Bundesregierung trägt in vielen Bereichen eine sozialdemokratische
479 Handschrift. Viele Verbesserungen, die wir zum Teil gegen erbitterten Widerstand der CDU
480
481
482

483 durchgesetzt haben, werden für viele Menschen jetzt spürbar. Wir als SPD haben allen Grund,
484 diese Ergebnisse selbstbewusst in der Öffentlichkeit zu vertreten.

485

486 Wenn WIR das nicht machen, wird es kein anderer machen!

487

488 Die SPD muss auch deutlich machen, dass sie die Partei für die Menschen ist, die hart arbeiten
489 und sich an die Regeln halten. Viele dieser Menschen haben heute das Gefühl, dass sie nicht
490 respektiert werden und sich niemand um sie kümmert.

491

492 Wir, die SPD, müssen den Menschen Orientierung in Zeiten großer Orientierungslosigkeit
493 bieten. Sie müssen von uns erwarten können, dass wir uns für eine faire Steuerpolitik, für
494 Familien und bessere Bildungschancen einsetzen, für bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeit,
495 Entgeltgleichheit und eine solidarische Gesundheitsversorgung sowie für eine angemessene
496 Altersversorgung kämpfen.

497

498 Das ist die Botschaft, die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Deutschland künftig
499 noch stärker vermitteln müssen. Und dafür müssen wir in den kommenden Jahren unsere
500 Positionen glaubwürdig und geschlossen vertreten und weiter für gesellschaftliche Reformen
501 eintreten.

502

503 Egon Bahr sagte dazu:

504 "Man muss die Welt nehmen, wie sie ist, aber man muss sie nicht so lassen!"

505

506 Die Welt für die Menschen zu verbessern – dafür stehen die Sozialdemokratinnen und
507 Sozialdemokraten in Nordhessen!

508

509

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: SGGZ 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert
- Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Sozialdemokratie ist in der Krise. Von Wahl zu Wahl sacken die Ergebnisse weiter nach
2 unten. Zeit Fehler zu analysieren, umzudenken und das Vertrauen der Wähler*innen zurück zu
3 gewinnen. 1998 gelang der SPD der Wahlsieg. Unter dem Slogan „Arbeit, Innovation und
4 Gerechtigkeit“ schaffte sie es sozialdemokratische Kernthemen mit Neuem zu verbinden. Sie
5 nahm den Menschen nach 16 Jahren Kohl-Ära die Angst vor dem politischen Wechsel. Doch im
6 Laufe der folgenden Amtszeit verlor die Partei an Vertrauen in ebenjene Kernthemen.
7 War die SPD bei der Wahl 2005 immerhin fast noch gleichauf mit der CDU, lag sie 2009 fast 10
8 Prozentpunkte hinter ihr. Bei der letzten Bundestagswahl sogar fast 16 Prozentpunkte.
9 Umfragen im März 2016 sahen die SPD bei rund 20%. Sie verliert jedoch nicht nur stetig in
10 Umfragen an Prozentpunkten, sondern in den Augen vieler Menschen leider auch vor allem
11 eines: Glaubwürdigkeit.

12
13 Bei der Bundestagswahl 2013 trat die SPD mit einem progressiven Wahlprogramm an. So
14 konnte die SPD mit der Durchsetzung des Mindestlohns wichtige Verbesserungen für viele
15 Menschen in Deutschland erreichen. Was ihr jedoch fehlt, ist eine Vision. Wir werden im
16 Folgenden unsere Kernpunkte für eine neue gerechtere Agenda darlegen. Eine Agenda für die
17 Menschen, nicht für den Markt und einige wenige.

18
19 *„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue*
20 *Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft*
21 *und Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des*
22 *Geschlechts oder der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft*
23 *sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der*
24 *Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich*
25 *gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“*

26 Auszug aus dem Erfurter Programm (1891)

27
28

29 **Wir stehen für soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen**

30
31 Die Sozialdemokratie war immer die Partei der Arbeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass
32 wir unsere Gesellschaft und unser Leben nur durch Veränderungen der Wirtschafts- und
33 Arbeitswelt zu einem besseren ändern können. Entsolidarisierung, Neoliberalisierung und
34 Ausbeutung können wir nur durch eine solidarische und fortschrittliche Politik der Arbeit
35 bekämpfen.

36

37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92

Mindestlohn Erfolg für alle

Die Einführung des Mindestlohns war ein großer politischer Erfolg für die Sozialdemokratie. Hunderttausende Menschen müssen nun das durch ihre Arbeit erhaltene Gehalt nicht mehr durch den Staat aufstocken lassen. Damit haben wir den Menschen ein Stück Anerkennung und Würde zurückgegeben. Leider konnte nicht in allen Bereichen der Mindestlohn durchgesetzt werden. Menschen unter 18, Langzeitarbeitslose und ScheinpraktikantInnen können weiterhin einen Lohn von weniger als 8,50€ erhalten. Wir dürfen diese Ausgrenzung nicht weiter hinnehmen. Wer arbeitet, der muss auch würdig bezahlt werden. Diese Grenze bildet der Mindestlohn. Eine niedrigere Bezahlung ist entwürdigend für die Menschen. Daher wollen wir uns für einen Mindestlohn für alle einsetzen.

Hartz IV durch „Chance I“ ersetzen

Die Arbeitsmarktreform, unter der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002 entstanden, zu einer Zeit, in der der Sozialstaat nach 16 Jahren Stillstand drohte zu kollabieren. Reformen waren grundsätzlich notwendig. Die Sozialdemokratie muss weiter an ihrer Idee des Sozialstaats arbeiten und dabei offen mit Fehlern umgehen, die damals begangen wurden. Wir wollen eine Arbeitsmarktreform. Darin wollen wir unter anderem folgendes erreichen:

- Einführung einer Arbeitsversicherung, die einen Weiterbildungsfond beinhaltet. Phasen der Arbeitslosigkeit sollen zur individuellen Weiterbildung genutzt werden.
- Arbeitslosigkeit bedeutet nicht das schnelle Abrutschen in Armut. Wer lange gearbeitet hat, soll länger eine Chance auf ALG I haben
- Vermeidung willkürlicher Sanktionen durch die Arbeitsagentur.
- Einführen von Lebensarbeitszeitkonten: Durch Lebensarbeitszeitkonten, können Ausfälle durch Pflege, Erziehung oder Vorruhestand ausgeglichen werden.

Prekäre Arbeit schafft soziale Unsicherheit

Über 20% der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch, das bedeutet sie sind befristet, in Teilzeit oder nicht sozialversichert. Der Wert hat sich in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt. 8 Million Beschäftigungsverhältnisse können damit als prekär bezeichnet werden. Hinzu kommen noch Scheinselbstständigkeiten durch Werkverträge. Diese Ausbeutung müssen wir bekämpfen. Wir wollen das Instrument der Minijobs abschaffen. Jedes Arbeitsverhältnis muss sozialversicherungspflichtig sein. Minijobs bilden aktuell eine günstige Alternative zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor. Wir wollen zudem die unbegründete Befristung abschaffen. Gerade zum Einstieg des Berufslebens können viele junge Menschen und Familien nicht für die nächsten Jahre planen, da ihr Beschäftigungsverhältnis nicht auf Dauer geklärt ist. Auch die Ausbeutung durch Leiharbeit und Werkverträge muss ein Ende finden. LeiharbeiterInnen müssen zukünftig nach dem Tarifvertrag des im Unternehmen geltenden Tarifvertrags bezahlt werden, in dem er/sie eingesetzt ist. Durch verstärkte Kontrollen durch den Zoll muss Scheinselbstständigkeit stärker unterbunden werden. Arbeitskräfte übernehmen durch einen Werkvertrag das komplette Unternehmerische Risiko und bekommen dafür keinerlei Leistungen der Sozialversicherung. Diese Ausbeutung müssen wir endlich unterbinden.

Ausbildung attraktiver gestalten

Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt seit Jahren. Dabei stellen die gut ausgebildeten Facharbeiter*innen das Fundament der leistungsstarken Wirtschaft in unserem Land. Doch eine Ausbildung wird immer unattraktiver. Lange Arbeitszeiten, wenig Geld und geringe Aussichten auf einen Aufstieg zeigen Handlungsbedarf.

93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148

Wir wollen daher:

- maximale Wochenarbeitszeit (inkl. Schulzeit) von 35 Stunden
- grundsätzliches Verbot von Nachtarbeit für Unter-18-Jährige
- mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr
- die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie sowie einer Ausbildungsplatzumlage
- Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Beschäftigungszeit

Sichere Rente und würdigen Ruhestand ermöglichen

Durch den zunehmenden Niedriglohnsektor und das Absenken des Rentenniveaus werden die zukünftigen Renten deutlich geringer ausfallen, als das heutige Niveau. Auch die Forderung nach zusätzlicher privater Vorsorge läuft seit dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau ins Leere und hat sich auch zuvor nur für große Versicherungsunternehmen, jedoch nur in sehr seltenen Fällen für Bürger*innen gelohnt. Eine gute Versorgung der älteren Menschen können wir nur durch Solidarität und gute Arbeitsplätze erreichen. Wir wollen die Rente weiter auf einem beitragsbasierten Solidarmodell belassen. In dem wir atypische und schlechte Beschäftigung deutlich verringern, erhöhen sich die Einzahlungen in das Sozialsystem. Zudem wollen wir auch die Rente auf das System der Bürger*innenversicherung umstellen. Damit wollen wir erreichen, dass auch Selbstständige und Beamt*innen in die Solidarversicherung einzahlen.

Wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit!

Die Einkommensverteilung ist in Deutschland wie auch in anderen Ländern in den letzten Jahren erheblich ungleicher geworden. Dabei gehören 'Arbeit' und 'Einkommensverteilung' zu den politischen Themen, die die Bevölkerung weiterhin am meisten beschäftigen. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen nicht schlechter gestellt werden dürfen als Menschen mit einem hohen Einkommen und damit einhergehendem Kapital.

Wir fordern deshalb:

- Abschaffung der Abgeltungssteuer
- Kapitalversteuerung (bei privatem Kapital) mit dem normalen persönlichen Steuersatz
- Erhöhung der Körperschaftsteuer
- Eine sozial gerechte Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen
- Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein. Deshalb muss die staatliche Förderung gleich hoch sein

Erhöhung des Spitzensteuersatzes

In Deutschland sind nicht nur Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt, auch die Steuerlast wird vor allem auf den Schultern der mittleren Einkommenschicht getragen. Dass starke Schultern mehr Last übernehmen müssen als schwache, darf nicht weiter eine hohle Phrase bleiben. Wir fordern daher die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen von 120.000 Euro im Jahr auf mindestens 48%.

Vermögen wieder stärker besteuern

Die Erhebung einer Vermögenssteuer ist in Art. 106 des GG der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Richterspruch im Jahr 1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und

149 Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt
150 wurden. Die Bundesregierung ließ die Vermögenssteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine
151 verfassungsgemäße Reform der Steuer in die Wege zu leiten.
152 Wir fordern deshalb endlich das Vermögenssteuergesetz zu reformieren und wieder in Kraft zu
153 setzen!

154

155

156 **Das Dogma der Schwarzen Null brechen**

157

158 Die Wirtschaftskrise und die Rettungs- und Konjunkturpakete der jüngeren Vergangenheit
159 haben die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf immer wieder neue Rekordhöhen
160 getrieben. Deshalb fordern wir die Abkehr von dem finanzpolitischen Dogma der schwarzen
161 Null.

162

163

164 **Einführung einer Transaktionssteuer**

165

166 Ein weiteres steuerpolitisches Mittel zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit ist eine
167 'Finanztransaktionssteuer', welche zu den so genannten 'Kapitalverkehrssteuern' zählt. Ganz
168 grundlegend ist die Finanztransaktionssteuer in ihrer Qualität wie eine Umsatzsteuer auf
169 börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen zu verstehen. Die Umsetzbarkeit einer
170 solchen Steuer wird von Ländern wie Belgien, Zypern, Irland, Finnland, Griechenland sowie
171 Frankreich unter Beweis gestellt, in denen eine Finanztransaktionssteuer bereits existiert. Auch
172 die EU-Kommission erachtete eine Finanztransaktionssteuer als zumutbare Belastung, da ein
173 entsprechender Gesetzesentwurf bereits durch den seinerzeit amtierenden EU-
174 Kommissionschef José Manuel Barroso vorgelegt wurde. Das Gesetz scheiterte am Widerstand
175 von mehreren Mitgliedsländern, deren Wirtschaft stark vom Finanzsektor abhängig ist -
176 beispielsweise Großbritannien.

177 Wir sind der Ansicht, dass eine Finanztransaktionssteuer eine ausgleichende und regulierende
178 Wirkung auf die Finanzmärkte besäße, da Menschen, die sich in der finanziellen Situierung
179 befinden, überhaupt spekulieren zu können, sowie Banken im Bereich des Eigenhandels
180 dadurch in eine nötige gesamtgesellschaftliche Solidarität im Bereich der Steuerpolitik genötigt
181 wären! Spekulationsgeschäfte ("High Trade Frequencies") würde damit weiterhin ein wirksamer
182 Riegel vorgeschoben, da diese Geschäfte meist auf minimalen Gewinnspannen, bei maximalen
183 Einsätzen basieren. Das allgemeine Steueraufkommen innerhalb der Bundesrepublik wäre
184 damit vergrößert, was sich positiv auf die Staatsfinanzen auswirkt.

185 Wir fordern deshalb die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Euroraum!

186

187 **Wir stehen für die gesellschaftliche Teilhabe aller!**

188

189

190 **Keine Liebe ist mehr wert**

191

192 Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher gegen Ungleichbehandlung und
193 Diskriminierung ein. Im 21. Jahrhundert ist es völlig unverständlich, dass gleichgeschlechtliche
194 Paare weiterhin von staatlicher Seite benachteiligt werden.

195

196 **Wir fordern deshalb:**

197

- 198 • Ehe oder Verpartnerung für alle und unter gleichen Konditionen
- 199 • Schluss mit der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Adoptionsrecht
- 200 • eine Reform des Ehegattensplittings: Ziel muss es sein, die besondere Fürsorge, die in
201 gemeinschaftlichen Lebensformen erfolgt, staatlich zu unterstützen

202

203

204

205 **Wohnraum für alle und überall**

206
207 Der soziale Wohnungsbau wurde seit Jahrzehnten vernachlässigt. Vor allem in den größeren
208 Städten findet eine Verdrängung von finanziell schlechter gestellten Menschen statt. Auch in
209 Universitätsstädten spitzt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt von Jahr zu Jahr zu.
210 Während die Universitäten zum Großteil jedes Jahr neue Studierendenhöchstzahlen melden,
211 wurde es auf dem Wohnungsmarkt versäumt Platz zu schaffen.
212 Wir fordern deshalb ein Umdenken. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Privileg von finanziell
213 besser gestellten werden.
214 Es braucht hier jedoch mehr als eine Mietpreisbremse. Wir fordern eine bundesweite
215 Orientierung in der Wohnraumpolitik an Städten wie München und Hamburg, die eine
216 sogenannte 1/3-Regelung eingeführt haben. Diese stellt eine soziale Durchmischung von
217 Stadtteilen und die Schaffung von günstigem und mittelpreisigem Wohnraum sicher.
218 Während Wohnraum in den Städten immer teurer wird, kämpfen viele Orte im ländlichen Raum
219 mit einer Landflucht. Als Sozialdemokratie, die vielerorts eine besondere kommunale Bindung
220 hat, dürfen wir ein Sterben unserer kleineren Städte und Dörfer nicht zulassen. Das Leben auf
221 dem Land muss attraktiv bleiben. Hierzu muss vielerorts wieder stärker in die Infrastruktur
222 investiert werden und entsprechendes Geld von höheren Ebenen zur Verfügung gestellt
223 werden.
224 Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land!

225
226

227 **Gentechnikfrei nicht nur für Reiche**

228
229 Der Einzug der Gentechnik in den Pflanzenbau wird massiv von einigen wenigen Saatgut- und
230 Agrochemiemultis forciert. Dabei geht es zum einen um die Kombination von speziellen
231 Pestiziden mit gentechnisch präpariertem Saatgut. So kommen beispielsweise Total-Herbizide
232 zum Einsatz, die alle weiteren Pflanzenkonkurrenten unterdrücken oder gar vernichten. Zum
233 anderen wird Pflanzen eine Eigenschaft gentechnisch eingebaut, die diesen Pflanzen und ihren
234 Verwandten völlig fremd ist. Damit gelangen züchterisch nicht herstellbare Kombinationen aus
235 Nutzpflanze und Eigenschaft in die Umwelt.
236 Ziel der Saatgutmultis ist durch die Kombination des Verkaufes von Saatgut und Herbiziden
237 eine Abhängigkeit über eine einmalige Erntesaison hinaus zu erzielen. Nicht selten wirken diese
238 Herbizide nicht nur eine Erntesaison, so dass der Anbau anderer Sorten mindestens mit
239 Ertragseinbußen einhergeht. Schließlich wird mit dem Einsatz gentechnisch veränderter
240 Pflanzen die Produktion gentechnikfreier Nahrungsmittel mindestens erschwert, wenn nicht
241 verunmöglicht. Sind doch Verunreinigungen eigentlich gentechnikfreier Anbauflächen durch die
242 Übertragung von Tieren, hier vorrangig bestäubender Insekten oder aber schlicht Wind zu
243 beobachten. Mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Nutzpflanzen geht offenbar kein
244 dauerhaft höherer Ertrag einher. Zudem treten Resistenzen bei den Konkurrenzpflanzen, wie
245 auch Schadinsekten auf. Die Artenvielfalt wird vorsätzlich drastisch und über Gebot hinaus
246 reduziert.
247 Daher ist es zwingend erforderlich, den Einsatz gentechnisch veränderter Lebewesen, derzeit
248 insbesondere von Nutzpflanzen in der EU, zu verbieten. Dafür gab es eine Chance, die die
249 Agrarlobby mit CDSU-Kanzlerin Merkel an der Spitze zunichte gemacht hat. CD- und CSU sind
250 die politisch gekauften Parteien der verantwortungslosen Saatgut-Gentechnik-Multis.

251
252

253 **Bildung ist kein Privileg**

254
255 In Deutschland entscheidet über die Zukunft eines Kindes noch immer vor allem wo es
256 herkommt. Kinder aus Akademiker*innenfamilien studieren statistisch wesentlich häufiger als
257 Kinder aus Arbeiter*innenfamilien und haben mehr berufliche Auswahlmöglichkeiten. Dabei ist
258 Bildung ein elementarer Schlüssel, um als mündige*r Bürger*in in der Gesellschaft mitzuwirken
259 und sich selbst zu verwirklichen.
260

261 **Wir fordern deshalb:**

262

- Kostenlose staatliche Bildungsangebote von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule
- Längeres gemeinsames Lernen

265

266

267 **Zugang zu Kultur ermöglichen**

268

269 Für gesellschaftliche Austauschprozesse ist ein gleichwertiger Zugang zu Kultur in all ihren
270 Formen von zentraler Bedeutung. Nicht nur ist der Zugang zu Unterhaltungsmedien, Kino,
271 Theater, Musik und Malerei eine Frage der Lebensqualität. Nein, er ist sogar entscheidend für
272 die Aufstiegschancen von Menschen aus Arbeiter*innenmilieus: der sozialisierte Habitus wirkt
273 viel zu häufig als Ausschlusskriterium für gesellschaftliche Gruppen. Wir müssen deshalb dafür
274 sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine Vielfalt an kulturellen
275 Vorstellungen kennenlernen und gleichwohl eigene gewachsene Traditionen hinterfragen und,
276 wenn gewünscht, pflegen können.

277

278

279 **Vielfalt anerkennen und Menschen fördern**

280

281 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch in den letzten Jahren hat es oft versagt, wenn es
282 darum ging Menschen in seiner Mitte aufzunehmen und ihnen ein Gefühl des
283 Angekommenseins zu vermitteln.

284 Im letzten Jahr haben über eine Millionen Menschen in Deutschland vor Verfolgung Schutz
285 gesucht. Sie kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Auf ein Leben in Sicherheit.

286 Deutschland muss sich dieser Verantwortung stellen und diesen Menschen nicht nur eine
287 Unterkunft bieten, sondern eine Zukunft. Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass die
288 Integration tatsächlich gelingen kann.

289 Wir müssen uns die Frage stellen: Wie schaffen wir es, dass die hier Zuflucht suchenden
290 Menschen den Weg in eine geregelte Beschäftigung finden? Wir müssen Möglichkeiten
291 schaffen, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern und den Menschen Perspektiven
292 aufzeigen, um ihnen hier ein neues Leben zu ermöglichen. Im Zuge dessen ist es wichtig, die
293 aktuellen Anerkennungskriterien für ausländische Abschlüsse zu überprüfen. Außerdem sollen
294 Möglichkeiten geschaffen werden, sich leicht neue Kenntnisse in Form von Weiterbildungen
295 anzueignen, die hier in Deutschland für bestimmte Positionen notwendig sind, um Fachkräfte
296 besser eingliedern zu können.

297 Wir sehen es als unverzichtbar an, dass Menschen frei entscheiden können wie sie mit den
298 ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verfahren. Aus diesem Grund verurteilen wir, dass
299 Asylsuchende Gutscheine statt Bargeld erhalten. Dies schränkt die Autonomie der Betroffenen
300 ein und ist eine unwürdige und entmündigende Praxis.

301

302

303 **Die Europäische Union demokratisieren**

304

305 Nur ein politisch starkes, funktionierendes, demokratisches Europa kann auch ein gutes Europa
306 sein. Wir brauchen ein Europa was solidarisch untereinander ist und in dem Beschlüsse
307 transparent im Parlament ausgehandelt werden. Neben der gemeinsamen Währungspolitik
308 muss es auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben. Wir werden mehr nachhaltige
309 Entwicklung nicht mit weniger Geld realisieren können. Deswegen brauchen wir einen
310 Europäischen Plan um ungleiche Lebensbedingungen auszugleichen und allen Menschen in
311 Europa ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir müssen gemeinsame europäische
312 Lösungen finden, die über nationalstaatliche Interessen hinausgehen und das Wohl der
313 Menschen in und außerhalb Europas im Blick haben.

314

315

316

317 **Sichere Fluchtwege schaffen**

318
319 Wir müssen als Europa Wege finden wie Menschen, ohne sich kriminellen Schleppern
320 anvertrauen zu müssen, legal und sicher in Deutschland und Europa Asyl beantragen können.
321 Hierzu könnte man dazu übergehen, dass auch in europäischen Botschaften Asyl beantragt
322 werden kann. Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass man die bereits durch Krieg
323 traumatisierten Menschen nicht noch zusätzlich einer gefährlichen, traumatisierenden Flucht
324 aussetzt.
325 Denn letztlich gilt: "Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit dem
326 schwächsten ihrer Glieder verfährt."

327
328 **In diesem Sinne fordern wir:**

- 329 • Einen Plan für europäische Investitionen
- 330 • Eine Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat
- 331 • Die Möglichkeit, Asyl in Botschaften zu beantragen, um dann über sichere Routen nach
332 Europa zu kommen.
- 333 • Einen Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtenden, sowohl innerhalb als auch
334 außerhalb und insbesondere an den Grenzen der Europäischen Union.
- 335 • Eine Reform der Dublin-Regelungen.

336
337
338 **Dafür stehen wir ein:**

339
340 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei seit über anderthalb Jahrhunderten für
341 Politik, die sich am Wohle aller Menschen orientiert. Unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und
342 Solidarität müssen sich auch in unserer politischen Arbeit widerspiegeln.
343 Wir brauchen jedoch nicht nur gute Wahlprogramme – das hat 2013 gezeigt – sondern auch
344 authentische Vertreter*innen!
345 Um das verlorengegangene Vertrauen vieler Menschen in die Sozialdemokratie
346 zurückzugewinnen, bedarf es mehr als schöner gedruckter Worte. Wir müssen den Menschen
347 ihre politische Heimat zurückgeben und wieder das werden, was wir mit Stolz waren:

348
349 **Die Partei der sozialen Gerechtigkeit!**

350
351
352 **Begründung:**

353
354 Erfolgt mündlich!

- 355
356
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: SG 1

Antragsteller: AfA-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion,
Bundesarbeitsministerin, SPD-Mitglieder der
Bundesregierung

Betr.: Altersarmut verhindern durch Stabilisierung der gesetzlichen
Rentenversicherung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Die Adressaten werden aufgefordert, drei Ansätze zur Stabilisierung der gesetzlichen
3 Rentenversicherung umzusetzen
4
5 1. Gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt
6
7 Die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist eine entscheidende
8 Voraussetzung, um im Erwerbsleben die Grundlage für eine auskömmliche Altersversorgung zu
9 legen. Wir fordern, gesetzliche Rahmenbedingungen für eine gerechte Lohnstruktur zu schaffen
10 und die Ausbreitung des Niedriglohnssektors zu stoppen. Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe
11 von 8,50 Euro ist dazu ein erster, wichtiger Schritt, wird aber alleine nicht ausreichen.
12 Notwendig sind auch die Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung sowie die
13 vereinfachte Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Die seit
14 Jahren erkennbare Tendenz einer sinkenden Lohnquote muss umgekehrt werden. Davon
15 profitieren die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber durch höhere
16 Beitragseinnahmen auch die sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Wir wollen zudem das
17 Normalarbeitsverhältnis, unbefristet und sozial abgesichert, wieder stärken.
18
19 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden. Leiharbeit muss wieder
20 stärker reguliert werden. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich ohne
21 Ausnahmen durchgesetzt werden. Jede zweite Neueinstellung erfolgt mittlerweile befristet. Es
22 ist überfällig, die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung wieder abzuschaffen.
23
24 2. Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung
25
26 Die SPD Hessen-Nord begrüßt die Vorschläge der Alterssicherungskommission der SPD, die
27 verschiedene Maßnahmen zur Vermeidung künftig steigender Altersarmut entwickelt hat. Es ist
28 richtig, dass das Renteneintrittsalter nicht auf 67 Jahre erhöht werden darf, denn angesichts der
29 realen Beschäftigungssituation bedeutet dieser Schritt eine Rentenkürzung für viele Menschen,
30 die schon heute aus gesundheitlichen Gründen die Regelaltersgrenze nicht erreichen können.
31 Insbesondere Erwerbsminderung ist ein zentrales Risiko für Armut im Alter. Deshalb ist es
32 richtig, die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente um zwei Jahre zu verlängern
33 und die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen.
34

35 Ebenso von hoher Bedeutung sind die Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten
36 und die rentenrechtliche Höherbewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit. Die
37 Erleichterung eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand durch die
38 Weiterentwicklung der Teilrente ist vor allem für solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
39 von hoher Bedeutung, die in gesundheitlich (physisch und psychisch) stark belastenden
40 Berufen arbeiten.

41

42 3. Rentensicherungsniveau am Ziel der Lebensstandardsicherung orientieren

43

44 Die beschriebenen Maßnahmen sind jede für sich sinnvoll und können dazu beitragen, das
45 Risiko von Altersarmut zu reduzieren. Alle Maßnahmen bleiben aber weitgehend stumpf, wenn
46 die zentrale Ursache für drohende Altersarmut, die massive Absenkung des Sicherungsniveaus
47 in der ersten Säule der Alterssicherung, nicht korrigiert wird. Sinkt das Rentenniveau weiter wie
48 vorgesehen, ist im Jahr 2025 ein Mindestlohn von mehr als 15 Euro erforderlich, um nach 45
49 Jahren Vollzeitbeschäftigung auch nur Grundsicherungsniveau zu erreichen. Ähnliches gilt für
50 die Rente nach Mindestentgeltpunkten.

51

52 Wir fordern, das Ziel, dass langjährige Vollzeitbeschäftigung zu einer Alterssicherung deutlich
53 oberhalb der Grundsicherung führen muss, wieder in den Mittelpunkt sozialdemokratischer
54 Rentenpolitik zu stellen. Für ein Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung, das
55 sich an der Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung orientiert, muss die Entwicklung
56 der Renten wieder stärker der Lohnentwicklung folgen. Dies dient auch der fairen Verteilung der
57 finanziellen Lasten, denn die teilweise Verlagerung der Altersvorsorge auf die kapitalgedeckte
58 und steuerlich geförderte private Vorsorge bedeutet im Kern eine einseitige Verschiebung der
59 Beitragsbelastung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit staatlicher Bezuschussung.

60

61 Wenn selbst langjährige Beschäftigung und Beitragszahlung in die gesetzliche
62 Rentenversicherung nicht für eine Rente oberhalb der Grundsicherung ausreicht, gefährdet dies
63 massiv die Akzeptanz der Rentenversicherung bei den Menschen und damit das langjährige
64 Erfolgsmodell selbst. Deshalb wird sich die SPD Hessen-Nord weiter dafür einsetzen, die
65 Rentenanpassungsformel mit dem Ziel zu korrigieren, dass das Sicherungsniveau der
66 gesetzlichen Rente auf dem heutigen Stand stabilisiert wird.

67

68 Wie der DGB schon 2013 formuliert hat: „Eine Stabilisierung der Rente ist dringend geboten,
69 denn die rote Linie ist durch die bisherigen Rentenkürzungen längst überschritten.“ Wir fordern
70 die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, keinen weiteren Rentenkürzungen mehr
71 zuzustimmen und darauf hinzuwirken, dass eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt das
72 solidarische Rentenversicherungssystem stabilisiert. Nur so kann Altersarmut nachhaltig
73 verhindert werden.

74

75

76 Begründung:

77

78 Die Situation:

79

80 Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt und ist ihrer Aufgabe, den Menschen eine
81 auskömmliche Altersversorgung zu gewährleisten, für lange Zeit gerecht geworden. Sie ist mit
82 ihren Elementen des sozialen Ausgleichs gegenüber allen kapitalgedeckten Systemen im
83 Vorteil. Sie ist solidarischer und sozial gerechter, denn sie bezieht die Arbeitgeber in die
84 Verantwortung für ihre Beschäftigten ein, berücksichtigt Nichterwerbszeiten etwa für
85 Kindererziehung und bietet Leistungen (z. B. bei Erwerbsminderung), die bei anderen
86 Anlageformen nicht oder nur sehr teuer versichert werden können. Sie weist also einen soliden
87 Sicherheits- und Stabilitätsfaktor auf und übernimmt bei immer noch relativ hoher Rentabilität
88 zugleich gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

89

90 Mit den Rentenreformen 2001 und 2004 wurde der Schwerpunkt in der Alterssicherungspolitik
91 verschoben. Neben die gesetzliche Rentenversicherung als tragende Säule der Alterssicherung
92 wurde die betriebliche und private Alterssicherung („Riester-Rente“) ausgebaut und mit
93 erheblichen öffentlichen Mitteln bezuschusst. Damit verbunden war ein Paradigmenwechsel in
94 der Alterssicherungspolitik. Die seit der Rentenreform 1957 geltenden Ziele der
95 Lebensstandardsicherung und der Vermeidung von Altersarmut wurden zugunsten der
96 Beitragssatzstabilität aufgegeben. Die Gefahr verbreiteter Altersarmut wächst wieder.

97
98 Das ist einerseits ein Problem mit erheblichem sozialem Sprengstoff, aber auch eine absehbare
99 enorme Belastung der kommunalen Haushalte. Ursächlich sind im Wesentlichen zwei Faktoren:
100 Einerseits liegen die Gründe auf dem Arbeitsmarkt: die massive Ausweitung des
101 Niedriglohnsektors, prekäre Beschäftigungsformen und Lücken in der Versicherungsbiographie,
102 insbesondere durch Arbeitslosigkeit. Andererseits wird durch die Rentenreformen 2001 und
103 2004 das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente vor Steuern gegenüber dem heutigen
104 bereits abgesenkten Niveau von 52 % bis 2030 noch einmal um rund 20 % auf dann 43 %
105 abgesenkt. Das sinkende Rentenniveau wird dazu führen, dass im Jahr 2030 der
106 Durchschnittsverdiener nach heutigen Werten ca. 34 Jahre in Vollzeit arbeiten muss, um
107 Grundsicherungsniveau zu erreichen. Die Problematik wird zusätzlich verschärft, weil mit der
108 Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze die Anpassung nicht mehr der Rentenanpassung folgt,
109 sondern einem Mischindex aus Lohn- und Inflationsentwicklung. Die Grundsicherung steigt also
110 schneller als die Entwicklung der Renten. Die Riester-Rente gleicht die Senkung des
111 Rentenniveaus nicht aus.

112
113 Aufgrund der steigenden Gefahr wachsender Altersarmut wurden in letzter Zeit Modelle der
114 Einführung von Mindest- und/oder Zuschussrenten diskutiert. Damit würde das
115 Äquivalenzprinzip von Beitrag und Leistung in der gesetzlichen Rentenversicherung erheblich
116 verletzt. Diese Vorschläge verstärken letztlich die Tendenz in Richtung einer Grundrente mit
117 staatlicher Bezuschussung.

118
119 Auch das Rentenpaket 2014 „Rente ab 63“ hat daran nichts Wesentliches geändert. Die SPD-
120 Hessen-Nord lehnt solche Vorschläge ab und fordert wie der Deutsche Gewerkschaftsbund
121 (DGB) mit seinem Rentenkonzept eine wirksame Strategie zur Vermeidung von Altersarmut, die
122 auf drei Ebenen ansetzen muss.

123 Die AfA fordert:

124
125
126

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
01. Juli 2016
Stadthalle Stadtallendorf

Antrag: SG 2

Antragsteller: Bezirkskonferenz AG 60 plus

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Beiträge Gesetzliche Krankenversicherung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Sicherzustellen, dass die Leistungsfähigkeit der
4 Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhalten bleibt, die Einnahmefähigkeit durch Anhebung
5 der Beitragsbemessungsgrenze und - sobald durchsetzbar- auch durch Einbeziehung der privat
6 Versicherten verbreitert wird. Durch Abschaffung der Zusatzbeiträge ist die solidarische,
7 paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkasse zwischen Arbeitgeber und
8 Arbeitnehmer wieder herzustellen.

9
10
11 Begründung:

12
13 Grundlage der GKV war über Jahrzehnte das Solidarprinzip. Die Beiträge der GKV wurden
14 paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Dieses beispielhafte System, das
15 auch im Ausland hohe Anerkennung fand wurde schon in Vergangenheit durch verschiedene
16 Maßnahmen, wie wir meinen, grundlos aufgegeben.
17 Durch die Festschreibung des Arbeitgeber- Beitrages auf 7,3% werden steigende
18 Gesundheitskosten einseitig von den Versicherten durch Zusatzbeiträge getragen. Durch die
19 Wiedereinführung der paritätischen Beiträge und eine angemessene Anhebung der
20 Beitragsbemessungsgrenze, so wie es die AG SPD 60 plus schon seit Langem fordert, würde
21 sich das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen erhöhen. Das
22 wiederum würde auch dem Binnenmarkt zugutekommen, denn gerade der durchschnittlich
23 verdienende Arbeitnehmer und Rentner stellt sein Einkommen fast ausschließlich dem
24 Wirtschaftskreislauf wieder zur Verfügung.
25 Eine angemessene Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze stellt auch die Solidarität
26 zwischen Weniger- und Besserverdienenden wieder her, indem beide Gruppen prozentual von
27 ihrem Gesamteinkommen gleich behandelt würden.

28
29
30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
01. Juli 2016
Stadthalle Stadtallendorf**

Antrag: SG 4

Antragsteller: Bezirkskonferenz AG 60 plus

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

Betr.: Lesbarkeit von Beipackzetteln von Medikamenten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert durch eine gesetzliche Regelung sicherzustellen,
3 dass die Beipackzettel von Medikamenten durch die Pharmaindustrie in einer „einfachen,
4 für den Durchschnittspatienten verständliche Sprache“, verfasst und durch ein größeres
5 Druckbild besser lesbar gemacht werden.

6
7 Begründung:

8
9 Viele Verbraucher - insbesondere Seniorinnen und Senioren - werden durch die medizinische
10 Fachterminologie verunsichert und können teilweise die kleinen Schriften auf den
11 Beipackzetteln nicht lesen.
12 Das führt dazu, dass Patienten häufig verunsichert sind und die für eine sinnvolle Therapie
13 erforderlichen Medikamente teilweise nicht nutzen, wodurch der Heilerfolg ausbleibt oder
14 zumindest behindert wird. So werden jährlich unzählige Medikamente vernichtet.
15 Für die Krankenkassen bedeutet dies: Jährlich mehrere Milliarden Euro Verlust. Für die
16 betroffenen Patienten mehr Schmerzen, Verschlechterung des Gesundheitszustandes und
17 Beeinträchtigung des Heilerfolges und für die Umwelt höhere Schadstoffbelastungen.

18
19
20
21

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: SG 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Impfeempfehlung einführen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen
3 Impfungen (u.a. MMR, Hep A, B, Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von nachgewiesenen
4 medizinischen Unverträglichkeiten auch verpflichtend sein.

5
6
7 Begründung:

8
9 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet
10 hat diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder
11 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder
12 es gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impfungen im Jahr
13 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.
14 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie, die dort angegeben wurde, ist als gefälscht
15 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus
16 verursacht hat.
17 Impfen ist eine sehr sichere Methode, seine eigenen Kinder gegen potentiell tödliche
18 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die
19 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt, dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt
20 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit, dass sich die
21 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der
22 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen, um die
23 Kinder zu schützen, die nicht geschützt sind.
24 Sollte ein Kind allergisch auf den Impfstoff sein, entfällt natürlich eine Impfung.

25
26

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: BA 7

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung auf, die Forderung des DGB, Unternehmensmitbestimmung auf Unternehmen
3 ausländischer Rechtsform mit Verwaltungssitz in Deutschland auszudehnen, gesetzlich
4 umzusetzen.

5
6

7 Begründung:

8

9 Die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit sichert Unternehmen mit einer
10 Rechtsform aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat zu, sich in Deutschland operativ zu betätigen.
11 Da die ArbeitnehmerInnenbeteiligung im Aufsichtsrat an die Regelungen am Satzungssitz
12 geknüpft ist, besteht in Deutschland die Möglichkeit einer allmählichen Zurückdrängung der
13 Mitbestimmung. Eine GmbH mit einem Satzungssitz in den Niederlanden und einem
14 Verwaltungssitz in Deutschland ist vom Mitbestimmungsgesetz etwa nicht betroffen. Daher ist
15 es konsequent, ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz zu fordern.

16
17
18

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: BA 8

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Mobbing

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass der Gesetzgeber mit geeigneten
2 Mitteln darauf hinwirkt, dass ein wirksamerer Rechtsschutz gegenüber Ausgrenzungsoptionen am
3 Arbeitsplatz (Mobbing) in der Rechtsprechung möglich wird und hierzu eine Aufnahme in das
4 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) prüft.

5
6

7 Begründung:

8

9 Ziel dieses Antrages soll sein, den Opfern von Drangsalierungen am Arbeitsplatz eine bessere
10 rechtliche Ausgangssituation zu geben.

11

12 Psychoterror am Arbeitsplatz heißt nach Erhebungen der Bundesärztekammer derzeit:

- 13 - 1 Mio. Mobbingopfer
- 14 - Jährlich 120.000 neue Opfer
- 15 - Jährlich 6.000 Tote durch Suizid
- 16 - Jedes 4. Opfer von Psychoterror am Arbeitsplatz versucht sich das Leben zu nehmen
- 17 - Jedes 2. Opfer von Psychoterror am Arbeitsplatz denkt an Suizid
- 18 - 30 Prozent der Betroffenen leiden unter chronischen Erkrankungen
- 19 - Über 50 Prozent der Betroffenen landen im beruflichen Aus“ und damit beim
20 Kostenträger Gesellschaft.

21

22 Das gilt es nach dem Verursacherprinzip zu ändern. Ein eigenes Mobbinggesetz ist dafür nicht
23 unbedingt erforderlich. Die Aufnahme in das AGG, in dem es ja gerade um die
24 Gleichbehandlung geht, kommt hierfür in Betracht, wenn in § Ziel des Gesetzes“ der Satz
25 anfügt wird: „Dies gilt auch für Aktionen gegen Jedermann am Arbeitsplatz, die die
26 Menschenwürde und Gesundheit beeinträchtigen.“ Eingearbeitet werden müsste darüber
27 hinaus im § 15 Abs. 4 AGG die dreijährige Verjährungsfrist für diese Gruppe von
28 Diskriminierten, da die Belastungen durch Kündigungsschutzprozess und Erkrankung den
29 Betroffenen in aller Regel die Möglichkeit einer „kurzfristigen“ Reaktion auf ihr traumatisches
30 Erlebnis genommen hat. Das Psychoterror keine Einzeltat ist, sondern sich als Fortsetzung
31 dokumentiert, ist auch im Satz 2 in Abs. 4 AGG so umzuformulieren, dass Opfer erfasst werden.

32

33 Bisher ist immer wieder in den Fällen, die vor Gericht landen erlebbar, das substantiierte
34 Vorträge und Klagen, welche durch Aussagen; schriftliche Dokumente; Tagebücher; schriftlich
35 dokumentierte Bitten an den Arbeitgeber um Abhilfe, welche mit Indizien und medizinische
36 Diagnosen belegt wurden, von der Gegenseite bestritten werden. Eine Prüfung des
37 Sachverhaltes und eine Beweisaufnahme gestalten sich schwierig. Ziel muss es deshalb sein,
38 dass die Opfer von Psychoterror am Arbeitsplatz die Möglichkeit erhalten, auf das AGG und
39 damit auf die dort enthaltene Beweiserleichterung zurückzugreifen.

40

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

BA 9
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: BA 9

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Fulda

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Keine Nullrunde mehr im öffentlichen Dienst

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die tariflichen Anpassungen bei den
3 Beamten auf kommunaler Ebene, Landes- und Bundesebene wieder den tariflichen
4 Abschlüssen der Arbeiter und Angestellten folgen.

5
6
7 Begründung:

8
9 Auch Beamtinnen und Beamte in unserer Gesellschaft haben einen Anspruch auf
10 Lohnausgleich durch die Inflation. Wir als Sozialdemokraten dürfen es nicht tolerieren, dass
11 unsere Landesregierung bestimmend durch die CDU nur um Kosten im Haushalt zu sparen
12 Nullrunden im öffentlichen Dienst durchführt.
13 Zudem eignet sich auch dieses Thema als Wahlkampfthema.

14
15
16
17
18

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: W 1

Antragsteller: AGS-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand,
SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft
3
4
5 Aus den multiplen Krisen der letzten Jahre, deren nur vorläufige Höhepunkte die
6 Weltfinanzkrise 2008, die Wirtschafts- und Demokratiekrise der europäischen Union und die
7 aktuelle Flüchtlingskrise sind, müssen nachhaltige Lehren gezogen werden.
8
9 Die Sozialdemokratie muss zu den Vorreitern eines Epochenwechsels gehören, deren
10 wesentliche Bestandteile aus unserer Sicht sein müssen:
11
- 12 • Eine globale soziale, inklusive und ökologische Marktwirtschaft, deren Fundament eine
13 leistungsfähige, innovative und überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft ist,
14 die auf der Dynamik eines freien, aber in geeigneter Weise regulierten Marktes, auf
15 Eigentum, Leistung und Eigenverantwortung basiert.
 - 16 • Einen sozialen Ausgleich und eine faire Verteilung der erwirtschafteten Güter in
17 globalem Maßstab.
 - 18 • Eine nachhaltige globale Entwicklung, deren wesentliche Säule eine Wirtschaft ist, die
19 einen wachstumsbasierten Aufholprozess der weniger entwickelten Länder mit dem
20 Übergang der weiter entwickelten Länder zu Wirtschaftsformen, die des Wachstums
21 nicht mehr bedürfen, verbindet.
 - 22 • Einen sofortigen Verzicht auf die Zerstörung aller wirtschaftlichen Strukturen, die mit
23 einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel sind und die Ablehnung aller geplanten und
24 die Kündigung bzw. Wandlung aller bestehenden Handelsabkommen, die dieser
25 Voraussetzung nicht genügen.
 - 26 • Eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Konkurrenz und Kooperation und
27 zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Konkurrenz zwischen Staaten und
28 Staatenbünden ist zur Erreichung dieser Ziele ungeeignet, sind durch kooperative
29 Strukturen, insbesondere eine globale Partnerschaft für Entwicklung, zu ersetzen.
 - 30 • Allen Menschen, die über grundlegende soziale Rechte noch nicht verfügen, werden
31 diese von der Weltgemeinschaft zuerkannt und, soweit und solange erforderlich,
32 finanziert. Dazu gehören ein existenzsicherndes, auf dem Recht auf Arbeit basierendes
33 Grundeinkommen, Bildung, Zugang zum Gesundheitswesen und Reisefreiheit.
34 Sofortmaßnahme ist ein globales Programm zur Beseitigung von Hunger und extremer
35 Armut, welches aus einer globalen Vermögensabgabe finanziert wird.

- 36
- Eine Energiewende, die einen schnellst- und weitestmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien durch kooperative Verbundlösungen mindestens unter Einschluss Europas einschl. Russlands und Afrikas sicherstellt.
 - Eine wirtschaftliche Förderung unserer südlichen Nachbarregionen durch Öffnung unserer Märkte für Importe, durch günstige Wechselkurse und die Zulassung von Schutzzöllen.
- 37
38
39
40
41
42

43
44 Begründung

45
46 Es entspricht dem Selbstverständnis der in der AGS organisierten sozialdemokratischen
47 Unternehmer, dass nachhaltiges Wirtschaften auf die Sicherung des langfristigen
48 Unternehmenserfolges, die gelebte Solidarität mit künftigen Generationen,
49 die Verantwortung des Unternehmers für das Wohlergehen seiner Mitarbeiter und der
50 Gesellschaft sowie Fairness im Wettbewerb zielt und das Unternehmensumfeld als Teil einer
51 gemeinsamen Welt mit begrenzten Ressourcen begreift (angenommener Antrags des LV
52 Niedersachsen, Bundeskonferenz 2014).

53
54 Wir betrachten es auch als unternehmerische Herausforderung, auf die verheerenden
55 Gegenwarts Krisen mit produktiven Lösungsstrategien zu antworten. Diese finden wir in der
56 jüngeren Vergangenheit unseres Landes: Grundgesetz und soziale Marktwirtschaft,
57 Sozialpflichtigkeit des Eigentums, eine ausbalancierte, mittelständisch geprägte Wirtschaft und
58 Gesellschaft, Schuldenerlass, Korporatismus und zunehmender sozialer Zusammenhalt mit
59 Aufstiegschancen waren die Zutaten, die unserem Land in kurzer Zeit den Wiederaufbau des
60 Landes bei gleichzeitiger Integration von 12 Millionen Flüchtlingen ermöglichten.

61
62 Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn angesichts dieser Bilanz Europa an der
63 Integration einer vergleichsweise marginalen Anzahl von Flüchtlingen scheiterte und auf die
64 erwartbare Zunahme der Weltbevölkerung mit dem Bau von Mauern reagierte, anstatt die darin
65 liegenden Chancen zu erkennen und zu nutzen.

66 Hierin sehen wir uns mit Liberalen wie Carl Christian von Weizsäcker einig, der schrieb:
67 „Mauern, die Wanderungen von Menschen blockieren sollen, dienen der Erhaltung eines
68 überlebten Status quo. Das galt für die Mauer bis 1989 – und es würde gelten für eine künftige
69 Mauer quer durch Europa. Die neue Völkerwanderung zwingt uns, über die Zukunft der global-
70 sozialen Marktwirtschaft neu nachzudenken“.

71
72 Verabschieden müssen wir uns von ungeregelten Finanzmärkten, fast unversteuerten
73 Großkonzernen und von einer Steuerpolitik, die Reichtum statt Investitionen fördert. Wir
74 brauchen globale Kooperation statt einer absurden Konkurrenz zwischen Staaten und Völkern.
75 Wir brauchen vor allem demokratiekonforme Märkte statt einer marktkonformen Demokratie.

76
77 Wir müssen dazu vor allem mehr globale Demokratie wagen. Das bekannte Trilemma der
78 Globalisierung ist: Politische Demokratie, nationale Souveränität und wirtschaftliche Integration
79 gehen nicht zusammen. Wir können nur 2 dieser 3 Dinge gleichzeitig haben.

80
81 Zäune und Mauern jedenfalls lösen das Trilemma weder auf europäischer noch auf globaler
82 Ebene. Die unter dem Marktradikalismus entstehende ökonomische Apartheid ist weder
83 demokratie- noch friedensfähig.

84
85 Eine globale soziale Demokratie muss also wirtschaftliche und politische Integration auf
86 globaler Ebene anstreben. Sie kann dabei an Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland
87 anknüpfen.

88
89 Es braucht nicht mehr und nicht weniger als: Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

90
91

92
93

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

<u>Antrag:</u>	W 3
<u>Antragsteller:</u>	AGS-Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteikonvent, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament
<u>Betr.:</u>	Kooperation statt Konkurrenz – Neuausrichtung des globalen Handels und Freihandelsabkommen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD-Bundestagsabgeordneten, die Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament
3 und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, den in Verhandlung befindlichen
4 Freihandelsabkommen, insbesondere TTIP und CETA, keinesfalls zuzustimmen, bevor ein
5 Konvent nach eingehender innerparteilicher Debatte die Grundzüge eines von der
6 Sozialdemokratie angestrebten nicht marktradikalen Welthandelsregimes erarbeitet und
7 beschlossen hat.

8
9 Der Parteitag sieht durchaus die Vorteile, die TTIP in der geplanten Form auch für einige auf
10 dem Weltmarkt tätigen kleinen und mittleren Unternehmen bringt. Wir kommen aber zu dem
11 Schluss, dass die Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen deutlich überwiegen.

12
13 Wir sehen die Zukunft des Mittelstandes in einer stärker regulierten sozialen Marktwirtschaft
14 und einer wirtschaftlichen Kooperation mit unseren unmittelbaren Nachbarn. Das
15 Bevölkerungswachstum in unseren Nachbarregionen, insbesondere in Afrika und im Nahen
16 Osten, stellt Herausforderungen, die mit einer Konkurrenz zwischen Staaten und Regionen
17 nicht lösbar sind.

18
19 Der Parteitag sieht die genannten Abkommen als Hindernis der von der AGS angestrebten
20 kooperativen Problembewältigung und lehnt sie deshalb ab.

21
22
23 Begründung:

24
25 Nach einer Umfrage der Commerzbank im Jahr 2014 sahen nur 15% der kleinen und mittleren
26 Unternehmen in TTIP ein positives Geschäftspotential. Im Februar dieses Jahres erklärte der
27 Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), er teile mit dem Deutschen Richterbund
28 dessen Ablehnung eines Investitionsgerichtshofes. Es gebe weder eine Rechtsgrundlage noch
29 eine Notwendigkeit für ein solches Gericht, der Investitionsschutz sei durch die bestehenden
30 Rechtssysteme vollkommen gewährleistet.

31
32 Insbesondere führen folgende Erwägungen dazu, dass wir das Abkommen ablehnen:

- 33
34 • Nach der Außenhandelsstatistik exportieren nur sieben Prozent der KMU, weniger als.
35 1% von ihnen exportieren in die USA.

- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- Effizienzvorteile sind wegen der in den USA länderspezifischen Zertifizierungsnormen nicht zu erwarten, die KMU sind hier ohnehin schon im Nachteil
 - Die mit hohen Qualitätsstandards erfolgreichen Anbieter laufen Gefahr, dass die angestrebte Harmonisierung der Normen zu einer Angleichung nach unten führt, weil die Normen als staatliche Protektion und Handelshemmnis ausgelegt werden können. Diese Anbieter verlieren ihren Vorteil und laufen Gefahr, von transnationalen Konzernen mittels Preisdumping verdrängt zu werden
 - Ein staatliches Eingreifen zugunsten des Mittelstandes wäre in vielen Fällen geboten, als nicht tarifäres Hindernis aber durch TTIP untersagt
 - Mittelständische Unternehmen werden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bislang auf guten Gründen bevorzugt (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Diese Bevorzugung dürfte mit den geplanten Diskriminierungsverboten nicht konform gehen, massive Verdrängung der KMU durch international agierende Großunternehmen sind zu erwarten.
 - Investorenschutzverfahren sind für KMU aus finanziellen Gründen faktisch nicht zugänglich.
 - TTIP ist auch ein Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich aller am Abkommen nicht beteiligten Handelspartner. Die im Vergleich zur USA deutlich intensiveren Handelsbeziehungen deutscher KMU werden dadurch beeinträchtigt.
 - TTIP wird bei vielen Gütern und Dienstleistungen tendenziell von einer Vielfalt hin zu einer Normierung führen. Dies gilt in besonderem Maße für Kultur und Landwirtschaft. Vielfalt, Kreativität, Originalität und Kundennähe sind gerade die Stärken einer mittelständisch strukturierten Wirtschaft.
 - Die nicht transparente Verhandlungsführung beschädigt das Vertrauen größer Bevölkerungskreise in die Demokratie und führt zu weiter wachsender Ablehnung der Marktwirtschaft.
 - Die wirtschaftliche Förderung unserer südlichen Nachbarregionen durch Öffnung unserer Märkte für Importe, durch günstige Wechselkurse und die Zulassung von Schutzzöllen ist für unsere mittelständische Wirtschaft von hoher Bedeutung. Weitere Verträge zu Lasten dieser Nachbarn halten wir für nicht zielführend.

66

67

68

69

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
01. Juli 2016
Stadthalle Stadtallendorf

Antrag: FS 3

Antragsteller: Bezirkskonferenz AG 60 plus

Adressat: SPD-Bundes- und Landtagsfraktion

Betr.: Keine Umgehung der Schuldenbremse durch private Investoren

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Bundes- und Landtagsfraktionen der SPD werden aufgefordert zu verhindern, dass eine
2 Umgehung der Schuldenbremse durch Verlagerung von staatlichen Investitionen auf private
3 Investoren stattfindet. Stattdessen sind unter sehr restriktiven Regeln in einem festzulegenden
4 Umfang Neuverschuldungen zu ermöglichen.
5
6

7 Begründung:
8

9 Die Einhaltung der Schuldenbremse durch Verlagerung staatlicher Investitionen auf private
10 Anleger führt, besonders bei der derzeitigen Niedrigzinspolitik, zu einer vermeidbaren
11 zusätzlichen Belastung und Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Auf der einen Seite wird
12 der Eindruck erweckt, dass keine neuen Schulden gemacht werden, auf der anderen Seite
13 kommen aber vermeidbare Zusatzkosten auf Staat und Gesellschaft zu, da die Erträge der
14 Privatinvestoren höher sein werden als die Zinsen, die die öffentliche Hand zahlen müsste.
15
16
17

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: EnU 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Förderung der Erneuerbaren Energien

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Auf der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 hat die Weltgemeinschaft beschlossen,
3 die Treibhausgas-Emissionen stark zu verringern. Dazu ist der forcierte Ausbau der
4 Erneuerbaren Energien (EE) erforderlich. Wir fordern eine entsprechende Novelle des
5 Erneuerbaren Energien Gesetzes.

- 6
7 1. Keine planwirtschaftliche Deckelung des Ausbaus der EE.
8 2. Kein Ausschreibungsverfahren für Windenergie-, Biogas-, Wasserkraft- und
9 Solaranlagen.
10 3. Förderung, Planung und Ausbau von Energie-Speicher-Systemen, insbesondere der
11 „Power-to-Gas“-Technologie und entsprechender Gaskraftwerke.
12 4. Der Bau von Mega-Strom-Autobahnen (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) von
13 Nord- nach Süddeutschland wird abgelehnt, da diese die Stromversorgung
14 Süddeutschlands mit Erneuerbarem Strom nicht sicherstellen können. Stattdessen
15 benötigt Deutschland den Ausbau des Strom-Netzes und den Ausbau der dezentralen
16 Energie-Erzeugung und -Speicherung.
17 5. Einführung der Möglichkeit der Mieter- und Eigentümer-Direktvermarktung von
18 Erneuerbarem Strom ohne Belastung mit der EEG-Umlage. Entwicklung und Förderung
19 praktikabler Konzepte zur Direktvermarktung.

20
21
22 Begründung:

- 23
24 1. Nach den Planungen der Bundesregierung soll der Zubau von Fotovoltaik und Windkraft pro
25 Jahr auf je 2500 Megawatt begrenzt werden. Welchen Sinn macht diese Begrenzung, wenn
26 wir möglichst rasch etwas gegen den Klimawandel tun wollen – auch als Vorbild für andere
27 Länder. Tatsächlich lag der Zubau von PV-Anlagen auch im Jahr 2015 deutlich unter der
28 Vorgabe mit ca. 1500 Megawatt, also ein Minus von ca. 40%.
29 1. Zum Vergleich: wird politisch der Bau von Automobilen eingeschränkt, weil die Kapazität
30 der Straßen nicht ausreicht?
31
32 2. Der Börsenpreis für Strom ist seit Jahren wegen der Überschussproduktion stark gesunken
33 – von über 6 Cent 2008 auf inzwischen etwa 3 Cent. Das ist ein Grund, warum die EEG-
34 Umlage steigt, weil die Differenz zur Vergütung damit steigt. Das System die Erzeugung
35 eines Grundversorgungsgutes vom Börsenpreis abhängig zu machen ist unsinnig.
36 Inzwischen ist die Erzeugung von Erneuerbarem Strom am günstigsten, bei
37 Berücksichtigung der Folgekosten der Atomenergie oder der Kohleverstromung.

- 38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
3. Es ist schon lange klar, dass der menschengemachte Klimawandel zu erheblichen Kosten und Katastrophen führt. Hier seien nur zunehmende Wetterkatastrophen und Hungersnöte (Klimaflüchtlinge) genannt. Mit einer vorgegebenen steigenden Steuer auf die wesentlichen Klimagas bei Industrie, Verkehr und Landwirtschaft würde ein entsprechendes Umsteuern beschleunigt.
 4. Das Ausschreibungsverfahren für Anlagen der Erneuerbaren Energien führt dazu, dass kleinere regionale Investoren, Städtische Werke und Bürgerenergie-Genossenschaft die Risiken einer Projektierung nicht mehr tragen können. Das dezentrale Engagement wird damit eingeschränkt, wenn nicht unmöglich gemacht.
 5. Zentrales Problem von Wind- und Sonnenenergie ist ihre Volatilität, d.h. die Verfügbarkeit ist nicht immer gegeben. Damit bekommt die Speichertechnologie zentrale Bedeutung, da bei weiterem Zubau immer häufiger der Strom nicht unmittelbar verbraucht werden kann. Neben der kurzfristigen Lösung in Fernwärmesystemen besteht der Bedarf nach längerfristiger Speicherung. Hier bietet sich die „Power-to-Gas“ Technologie an. Mit Hilfe der Elektrolyse kann Wasserstoff erzeugt und mit Kohlen-di-oxid erzeugt werden, was in nahezu unbegrenzter Menge im Erdgasnetz gespeichert und für die Erzeugung von Strom und Wärme gebraucht werden kann. Als weiterer positiver „Nebeneffekt“ wird die Abgabe von Kohlen-di-oxid an die Atmosphäre verhindert, bzw. kann auch Kohlen-di-oxid aus der Luft gebunden werden.
 6. Der Bau der Hochspannungs-Autobahnen mit der sogenannten HGÜ-Technik ist teuer und überflüssig, da bei einer Flaute im Norden kein Erneuerbarer Strom nach Süddeutschland transportiert werden kann. Hinzu kommt, dass solche HGÜ-Stromleitungen Punkt zu Punkt-Verbindungen über hunderte von Kilometern ohne Verknüpfung mit dem 380.000 Volt Hochspannungs-Drehstrom-Netz darstellen. Die Schalttechnik für die Gigawatt- (1 000 000 000 Watt) Gleichstrom-Übertragung ist aufwendig, kompliziert und technisch wenig erprobt.
 7. Es ist nicht zu verstehen, dass es nicht seit langem die Möglichkeit der Vermarktung von Sonnenstrom in den Städten bei Mehrfamilien- und Miethäusern gibt. Der in den Städten gewonnene Sonnenstrom würde sofort vor Ort verbraucht werden. Ein so gewonnener Strom muss nicht woanders erzeugt und über große Entfernungen transportiert werden. Eine Abgabe auf den vor Ort erzeugten und verbrauchten Strom ist widersinnig. Schließlich wird selbst erzeugtes Gemüse auch nicht besteuert!

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: EnU 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Glück Auf, Bürger*innenenergie

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den
3 forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel
4 in Paris gemachten Zusagen zur Reduktion des CO₂- Ausstoßes erreicht werden. Klimaschutz
5 zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und für künftige
6 Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt
7 damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.

- 8
- 9 • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus.
10 Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen
11 forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze.
12
 - 13 • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab.
14 Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-
15 Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der
16 Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden
17
 - 18 • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in
19 virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht
20
 - 21 • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer
22 Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen
23 entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des
24 gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der weitere
25 Ausbau durch eine solche Regelung quasi auf null gesenkt, obwohl nachweislich keine
26 Netzengpässe auf den entsprechenden Ebenen vorliegen.
27
 - 28 • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist
29 als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die
30 sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik.
31

32
33 Begründung:

34
35 Erfolgt mündlich

36
37

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: EnU 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Parteivorstand
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Arbeit und Umwelt vereinbaren!
Bergbau und Rohstoffförderung in Deutschland für wertvolle
Düngemittel und Produkte der Industrie in der ganzen Welt!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Der SPD-Bezirksparteitag solidarisiert sich mit den seit Wochen von Kurzarbeit betroffenen
- 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von K+S im Werratal.
- 3
- 4 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord unterstützt nachdrücklich eine dauerhaft gesicherte Produktion
- 5 der Fabriken und Gruben im Verbund-Kali-Revier in Nord-, Osthessen und Westthüringen.
- 6
- 7 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord begrüßt die finanziell und technisch aufwendigen Maßnahmen,
- 8 um eine drastische Reduzierung der Restwässer aus den Fabriken zu erreichen.
- 9
- 10 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord sieht in der Reduzierung der Einleitung in die Werra seit der
- 11 Grenzöffnung von in der Spitze gut 88 Millionen Kubikmeter auf jahresdurchschnittlich 5,5
- 12 Millionen Kubikmeter (Salzlast umgerechnet von Tonnen in Kubikmeter) einen dramatischen
- 13 Fortschritt für die Gewässerqualität.
- 14
- 15 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord sieht in der zugleich erfolgten Reduzierung der Versenkung in
- 16 den Untergrund von mehr als 20 Millionen Kubikmeter über 4 Millionen Kubikmeter jährlich in
- 17 diesem Jahrzehnt auf weiter deutlich abnehmende Mengen eine große Leistung des
- 18 Unternehmens.
- 19
- 20 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord anerkennt die durch das „360-Millionen-Maßnahme-Paket“
- 21 reduzierte Restwässer-Menge von 14 Millionen Kubikmeter (2006) auf 7 Millionen Kubikmeter
- 22 im Jahr 2015 und die mit dem Bau der 165 Millionen Euro teuren KKF-Anlage verbundene
- 23 weitere Reduzierung um 1,5 Millionen Kubikmeter.
- 24
- 25 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord hält die derzeit mit eingeschränkten Versenkmengen (725.000
- 26 Kubikmeter pro Jahr, 120.000 pro Monat, 8.000 pro Tag je maximal) einhergehenden
- 27 Produktionsstopps für keinen gangbaren Weg.
- 28
- 29 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord begrüßt ausdrücklich den Antrag der K+S eine Pipeline gen
- 30 Norden verlegen zu wollen, schon um bei Scheitern erst zu erprobender Technologien die
- 31 Werke nicht schließen zu müssen.
- 32
- 33 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord hält angesichts der im Weltmarkt durchzusetzenden
- 34 Kostenstrukturen, die maßgeblich aus bergmännischer Gewinnung sowie der
- 35 Lagerstättenformation entstehen, eine Produktionseinschränkung für unverantwortlich.

36
37 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord sieht insbesondere das Land Hessen als Oberlieger
38 Niedersachsens gefordert, Anforderungen und Vorstellungen, die in Niedersachsen nicht Praxis
39 sind, zurückzuweisen.
40
41 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord begrüßt die von der grünen Umweltministerin
42 zurückgenommenen Vorgaben der vormaligen CDU-Umweltministerin, wonach nach 2015 auch
43 übergangsweise keine Versenkerlaubnis erteilt und die Werra-Einleitwerte bis Ende des
44 Jahrzehnts um ein Drittel hätten reduziert werden sollen.
45
46 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord ist mindestens irritiert über die von CDU und Linken nunmehr
47 gemeinsam vorgebrachte Propaganda, wonach die Kurzarbeits-Phasen nicht nötig gewesen
48 seien. Es steht im Gegenteil befürchten, dass Kurzarbeit in einem trockenen Sommer bei
49 unzureichenden Versenkmengen, immer wieder eingeführt werden wird.
50
51 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert die Wiedereinrichtung eines „Runden Tisches“.

52
53
54
55

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: EnU 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Hochspannungs-Gleichstrom-Leitung Wilster-
Grafenrheinfeld steht in Frage!
Elektrische Energie in Stade nutzen, statt nach Bayern
schicken!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord fordert die bisherigen Überlegungen des Netzbetreibers
2 „Tennet“, eine HGÜ-Leitung von Wilster nach Grafenrheinfeld zu bauen, grundlegend zu
3 überdenken.
4
- 5 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord fordert insbesondere den niedersächsischen Landtag
6 auf, die Pläne für den Bau, beziehungsweise den derzeitigen Betrieb von konventionellen
7 Kraftwerken in Stade in Frage zu stellen.
8
- 9 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord geht davon aus, dass die notwendigen Kapazitäten
10 elektrischer Energie, die das Stader Chemie-Werk benötigt, direkt aus Wilster bezogen werden
11 können.
12
- 13 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord geht weiterhin davon aus, dass das „Strom-Importland“
14 Bayern auf eine Zufuhr elektrischer Energie verzichtet, da der Protest der bayerischen
15 Landesregierung gegen die HGÜ-Leitung „fachlich versiert“ vorgetragen wurde. Eine
16 energetische Zwangsbeglückung des Bundeslandes Bayern muss unbedingt verhindert werden
17 – ausgehende Lichter erhellen im Zweifelsfalle den energiepolitischen Verstand.
18
- 19
- 20 Begründung:
21
- 22 Die großen elektrischen Energiemengen, die die Stader Chemiefabriken benötigen, so etwa
23 mehr als 600 Megawatt Dauerleistung, drängen die Frage nach Alternativen zum Bau von
24 Steinkohlekraftwerken geradezu auf. Wenn zeitgleich geplant wird, neben diesem Bedarf (190
25 Megawatt aus einem Gaskraftwerk, 400 MW Zukauf aus dem öffentlichen Netz) weitere 200 bis
26 300 MW für das Netz mithilfe eines größeren Steinkohlekraftwerkes zu produzieren. Im Saldo
27 bedeutet dies mit dem notwendigen Dampfbedarf eine Feuerwärmeleistung von mindestens
28 einem Gigawatt Dauerleistung.
29
- 30 Hinzu wird die Eindampfung von Chlorid kommen, die bei ungefähren 1,5 Millionen Tonnen
31 liegen soll. Eine solche Eindampfung bedeutete einen weiteren Bedarf von mindestens 500 MW
32 Dauerleistung. Daraus ergäbe sich ein maßgeblicher Abnehmer
33 elektrischer Energie sitzt auf der anderen Seite der Elbe, unweit von Wilster. Dies machte eine
34 HGÜ-Leitung überflüssig. 380kv-Drehstromleitungen wären auch in der Lage, den Windstrom
35 gen Süden.

36
37
38

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: EnU 6

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Lebensmittelverschwendung eindämmen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Dem Handel ist nach französischem bzw. italienischem Vorbild zu verbieten, Lebensmittel, die
2 nicht mehr verkauft werden sollen / können, wegzuerwerfen.
3
4
- 5 Begründung:
6
- 7 In Deutschland werden jährlich etwa. 550.000 Tonnen Lebensmittel durch Supermärkte und
8 ähnliche Geschäfte weggeworfen. In Anbetracht der globalen Lebensmittelknappheit ist eine
9 derartige Verschwendung nicht weiter hinnehmbar.
- 10
- 11 In Frankreich und Italien gibt es bereits Gesetze, die vorschreiben, dass unverkaufte
12 Lebensmittel aus dem Handel nicht mehr weggeworfen werden dürfen. Schon heute spenden
13 viele Supermärkte überlagerte, aber noch genießbare oder nicht mehr verkaufbare Lebensmittel
14 an Tafeln oder ähnliche Einrichtungen. Eine Verpflichtung dazu würde also lediglich „die
15 schwarzen Schafe“ treffen.
16
- 17 Ist das Weitergeben an Tafeln nicht möglich (z.B. weil Lebensmittel bereits verdorben sind),
18 sind diese nicht im Restmüll zu entsorgen, sondern entweder direkt oder über Dritte zu
19 kompostieren oder über Dritte zu Tierfutter zu verarbeiten (z.B. ReFood).
20
- 21 Wir begrüßen außerdem außerordentlich, die sogenannten „Krabbeltische“ mit verpackten
22 Lebensmitteln bei denen das MHD überschritten wurde oder kurz bevor steht oder
23 überschüssigen Lebensmitteln, über die die Waren in den Supermärkten zu sehr geringen
24 Preisen verkauft werden. Viele Verbraucher*innen nutzen diese Angebote bereits heute.
25
- 26 Uns ist bewusst, dass ein noch größerer Teil der Lebensmittelverschwendung von den privaten
27 Haushalten verursacht wird. Auch hier begrüßen wir Aufklärungsmaßnahmen. Unter anderem
28 hilfreich, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, sind z.B. kleinere
29 Verpackungsgrößen.
30
31

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: EnU 7

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Einheitspfand

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir Sozialdemokraten treten für ein einheitliches Pfandsystem für Einweg- sowie ein solches für
3 Mehrweg-Getränkebehältnisse ein.

4
5
6 Begründung:

7
8 Pfand ist dazu gedacht Rohstoffe, welche für Getränkebehältnisse benutzt werden, einen Wert
9 zuzuordnen, um eine Rückführung der Rohstoffe zu forcieren und eine weitere Verwendung im
10 Einweg- oder Mehrweg-Pfandbereich zu ermöglichen. Viele Getränkebehältnisse werden
11 derzeit jedoch nicht mit einem Pfandwert versehen, vor allem „Einweg-Kaffeebecher“,
12 Glaswaren für Alkoholika und Tetrapacks. Andere Getränkebehältnisse sind pfandbefreit, weil
13 ihnen Laktose zugegeben wurde. Vor allem „Energiedrinks“ nutzen diesen derzeit legalen Trick,
14 um ihre Attraktivität gegenüber durchaus gesünderen, aber auch vielleicht teureren,
15 Alternativen zu steigern. Viele dieser pfandfreien Getränkebehältnisse vermüllen unsere Städte
16 oder landen im Restmüll. Diese werden daher folglich nicht richtig in den Wertstoffkreislauf
17 zurückgeführt. Wir Sozialdemokraten wollen, dass die derzeitige Situation, der Missstand in der
18 Bepfandung von Getränkebehältnissen, behoben wird und schlagen deshalb vor, dass es ein
19 Einheitspfand auf alle Getränkebehältnisse gibt. Basierend auf einer ausstehenden
20 Gebrauchsanalyse, sollen alle Getränkebehältnisse einheitlich dem Einweg oder Mehrwegpfand
21 zugeordnet werden. Da dies wahrscheinlich zu einem Mehraufwand in der Aufnahme der
22 leihähnlichen Pfandgegenstände führen wird, wäre zu prüfen ob und im welchen Rahmen der
23 Gesetzesgeber eine Grundlage schaffen kann, um eine zentralisierte Aufnahme zu realisieren.

24
25
26

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 1

Antragsteller: SPD-Ortsverein Borken

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Inklusion – Die vergessenen Kinder

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion in Hessen werden aufgefordert, sich
3 nachdrücklich für eine zeitnahe, lückenlose Umsetzung von Inklusion in den hessischen
4 Bildungseinrichtungen, insbesondere in den Kindertagesstätten und Schulen einzusetzen.
5 Ziel soll es sein, betroffenen Kindern, durch gezielte Förderung, eine realistische Chance auf
6 Teilhabe zu bieten.
7 Hierzu bedarf es sowohl der Schaffung von entsprechenden Personalstellen, als auch der
8 baulichen Gestaltung von Kindergärten und Schulen.
9 Bis die entsprechenden Stellen besetzt sind, soll eine Möglichkeit zur Einbindung der Eltern zur
10 Unterstützung ermöglicht werden.
11 Den Kommunen sind zusätzliche Mittel durch Bund und Land zur Verfügung zu stellen.

12
13
14 **Begründung:**

15
16 Die Inklusion findet meistens nur auf dem Papier statt. Kindergärten und Schulen sind personell
17 und materiell nicht ausreichend ausgestattet, um Inklusion erfolgreich mit Leben zu füllen. Oft
18 verkommen sie zu reinen Aufbewahrungsstellen.
19 Dies ist weder gegenüber den betroffenen Kindern und ihren Eltern gerecht, noch gegenüber
20 allen, wie z.B. MitschülerInnen, SozialarbeiterInnen und Lehrkräften, die damit ebenfalls zu
21 Betroffenen werden.
22 Unsere Kinder sind unsere Zukunft und unsere Altersversorgung. Egal ob sie körperlich, geistig
23 oder seelisch behindert sind.
24 Gemeinsam können wir es schaffen auch allen Kindern die gleichen fairen Chancen zu geben.
25 **Nachwort:**
26 Lasst es uns mit diesem Thema schaffen, eine gestärkte Partei zu werden.
27
28

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: V 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag

Betr.: Maut

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord begrüßt ausdrücklich, dass die EU-Kommission die von
3 der CSU im Bundestag durchgesetzte Maut ablehnt.
4
5 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord lehnt ausdrücklich angedeutete Alternativen, wie
6 beispielsweise eine nur teilweise Entlastung von Fahrzeughaltenden im Inland ab. So würden
7 bei einer Erhöhung der Entfernungspauschale nur die Pendelnden entlastet werden.
8
9 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord hält die strikte Weigerung der CSU, Fernreise-Linien-
10 Busse zu bemauten, für einen Ausweis politischer Inkompetenz. Verursachen doch die
11 Fernreise-Linien-Busse aufgrund ihrer Achslast Schäden, die denen der LKW gleichkommen.
12
13 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord geht davon aus, dass bei der Entwicklung des SPD-
14 Bundestagswahlprogrammes die Ablehnung einer PKW-Maut, wie im
15 Bundestagswahlprogramm 2013 deutlich wird.
16
17 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord sieht weitere drei Punkte die zur Ablehnung der CSU-
18 Maut führen:
19
20 1. Eine Benachteiligung von inländischen Fahrzeughaltenden, wie sie die CSU will ab, wird
21 abgelehnt. Danach sollen nur Fahrzeughaltende im Inland für Bundesstraßen eine Maut
22 bezahlen. Fahrzeughaltende im Ausland nicht.
23
24 2. Da die Maut ausdrücklich vorgesehen ist, das Straßennetz zu unterhalten und die
25 Abnutzung zu entgelten, müsste die Maut bei einer durchschnittlichen Jahres-PKW-
26 Fahrleistung gut 5 Cent ausmachen. Hierfür wäre der Verwaltungsaufwand zu hoch.
27
28 3. Eine pauschale PKW-Maut, wie sie die CSU mit gut 100 Euro pro Jahr will, bedeutete für
29 den LKW eine jährliche pauschale Maut von gut 6 Millionen Euro. Auch dies ist wegen
30 erwiesenen CSU- Unrealismus und CSU- Unsinnis abzulehnen.
31
32
33 Begründung:
34
35 Die Schäden, die ein LKW verursacht, machen nach allen Berechnungen, das gut 60.000-fache
36 der eines PKW aus. Bei einer LKW-Maut von gut 20 Cent pro Kilometer maximal hieße das:
37

- 38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
1. Ein PKW mit einer Jahres-Kilometerleistung von 15.000 Kilometern verursacht in diesem Jahr einen Aufwand, der dem entspricht, den ein LKW mit dem Fahren eines viertel Kilometers verursacht oder 6 Cent. Führe ein PKW 60.000 Kilometer in einem Jahr verursachte er einen Aufwand von einem LKW-Kilometer oder 20 Cent.
 2. Bei einer Pauschale von 100 Euro pro Jahr für einen PKW müsste die Pauschale für den LKW das Sechzigtausendfache betragen. Auch wenn die Pauschale eben nicht die realen Kilometerleistungen berücksichtigt, ist zumindest der Schaden, den ein LKW verursacht sechzigtausendmal so hoch. Demzufolge müsste die Pauschale unrealistischer Weise 6 Millionen Euro betragen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: V 2
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
Betr.: Landesstraßenbau

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord fordert die Hessische Landesregierung auf, die
3 vorhandenen Landesstraßen in einen guten Zustand zu versetzen. Nicht nur die großen
4 Straßenschäden sind zu beheben. Diese sind nur ansatzweise durch Flickschusterei beseitigt
5 worden. Es sind auch ordentliche Banketten/Seitenstreifen zu schaffen.
6
7 Das Landesstraßenbauprogramm von 2017 bis 2022 muss in den ländlichen Regionen nicht auf
8 einen Zeitraum von 6 Jahren gestreckt und unterfinanziert werden, sondern schnellstmöglich
9 ausfinanziert und umgesetzt werden.
10
11 Dazu müssen zwei Voraussetzungen geschaffen werden:
12
13 1. Eine auskömmliche Finanzierung des Landesstraßenbaus muss sichergestellt werden.
14 Es muss insbesondere die Reduzierung der Mittel um ein Viertel zurückgenommen
15 werden.
16
17 2. Es sind ausreichend Planungskapazitäten bei Hessen-Mobil zu schaffen. So kann
18 sichergestellt werden, dass die theoretischen Planungen praktisch, kompetent und mit
19 regionaler Kompetenz umgesetzt werden.
20
21

22 Begründung:

23
24 Im ländlichen Raum braucht die Bevölkerung auch den Individualverkehr, insbesondere, da der
25 ÖPNV nicht ständig Angebote bietet. Für die Erreichung des Arbeitsplatzes, für Einkäufe und
26 Arztbesuche muss unsere Bevölkerung in Unter- und Mittel- und Oberzentren mit dem PKW
27 fahren können. Dazu benötigen wir ein angemessenes Straßennetz für unseren Landkreis.#
28
29
30
31

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: V 3
Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz
Adressat: SPD-Landesparteitag
Betr.: Mobilität im ländlichen Raum

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Der NVV ist das Herzstück des mobilen Lebens für Nordhessen und deswegen unabdingbar für
3 einen attraktiven, ländlichen Raum. Der NVV muss deswegen nicht nur erhalten, sondern noch
4 weiter ausgebaut werden.
5 Kassel als Standort für Studierende ist in den letzten Jahren stark gewachsen, Tendenz nach
6 wie vor leicht steigend. Das größte Problem für den ländlichen Raum ist die Anbindung über
7 öffentliche Verkehrsmittel. Daran müssen wir arbeiten und die Taktungen für abgelegene Orte
8 vernünftig überarbeiten. Darüber hinaus müssen Nachtzüge auf den Linien der RegioTrams
9 eingeführt werden.
10 Außerdem fordern wir den Ausbau von möglichen, vergünstigten Angeboten für Auszubildende
11 und Schüler*innen sowie für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Eine
12 schlechte finanzielle Lage kann nicht entscheidend sein, ob man von dem Transportangebot vor
13 Ort Gebrauch machen kann oder nicht. Ausgrenzung fängt schon da an, wo andere zu
14 Veranstaltungen kommen und man selbst nicht. Deswegen muss jedem Menschen ermöglicht
15 werden, jederzeit das Angebot des NVVs nutzen zu können.
16 Wir halten daran fest, dass der NVV, sowie alle Verkehrsverbünde deutschlandweit, als Form
17 der Daseinsfürsorge wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens sind. Für den Landkreis Fulda
18 stellen sich die genannten Probleme im ländlichen Raum mit seinem Verkehrsverbund RMV
19 ähnlich dar.
20 Damit muss letztlich auch sichergestellt werden, dass Jede*r die Angebote des ÖPNV vor Ort
21 nutzen kann. Die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs ist damit ein Ziel
22 sozialdemokratischer Politik, auf lange Sicht gesehen.

23
24
25 Begründung:

26
27 Erfolgt mündlich!

28
29

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Resolution: R 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Gegen das Bargeld-Verbot

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Eine Einschränkung des Gebrauchs von Bargeld wird abgelehnt.

2

3

4 Begründung:

5

6 Im Jahr 2015 hat erst die deutsche Bank und später mehrere bundespolitische Schwergewichte
7 ein Bargeld-Verbot für Zahlungen in einer festzulegenden Höhe in die Diskussion gebracht. Ziel,
8 so die offizielle Begründung, sei die Bekämpfung von Geldwäsche. Tatsächlich aber geht es
9 ganz einfach um Profitinteresse: Durch die Vermeidung von Kosten durch das Aus- und
10 Einzahlen sowie Transport und Lagerung von Bargeld sollen Gewinne gesteigert werden.
11 Solange unser gesamtes digitales Leben von Totalüberwachung aufgezeichnet, analysiert und
12 entgegen jeglicher rechtsstaatlicher Standards verwendet wird, bringt jede unfreiwillige
13 Verlagerung von Geldverkehren in die digitale Welt weitere Gefahren mit sich. Dagegen setzen
14 wir uns zu Wehr.

15

16 Weitere Gefahren eines Bargeld-Verbots sehen wir:

- 17 • Im Wegfall von (Kassierer*innen)-Jobs durch bargeldlose Kassen, wie wir sie
- 18 beispielsweise bei IKEA haben
- 19 • Im Wegfall von Trinkgeldern in der bisherigen Form, zum Beispiel in der Gastronomie
- 20 oder der Altenpflege
- 21 • Durch eine Gebührenpflicht des Online-Bankings würden sämtliche Geld-Transaktionen
- 22 mit Gebühren belegt

23

24

25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Resolution: R 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung staatlicher Institutionen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern, die Einführung eines Rechtsanspruchs auf verschlüsselte E-Mail-Kommunikation
3 mit offenen Standards mit Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung.
4

5
6 Begründung:
7

8 Lizenzfreie und leichtverständliche Software zur Verschlüsselung von E-Mails ist lange
9 vorhanden. Es fehlt alleine an der Verbreitung. Das hat Gründe. Die liegen allerdings weniger in
10 der Komplexität des Vorhabens oder im mangelnden Interesse der Nutzer*innen. Vielmehr
11 verhindern Konzerninteressen, beispielsweise vom Outlook-Hersteller Microsoft oder dem E-
12 Brief-Anbieter Deutsche Post, eine weitläufigere Verbreitung auch über quasi-Monopol-
13 Software. Das Werben für verschlüsselte Kommunikation muss auf allen Ebenen weitergeführt
14 werden. Ein vielversprechender Weg ist die Nutzung verschlüsselter E-Mail-Kommunikation
15 durch Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung. Damit diese Entwicklung nicht
16 noch weitere zehn Jahre auf sich warten lässt, fordern wir einen sofortigen Rechtsanspruch.
17 Dieser würde es Bürger*innen erlauben, auf verschlüsselte Kommunikation verbindlich zu
18 bestehen.
19

20

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: IR 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wir haben nicht vergessen - Whistleblower endlich schützen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Whistleblower*innen müssen endlich durch eine effektive gesetzliche Regelung geschützt
3 werden. Dieser Schutz muss das öffentliche Interesse über die Aufklärung von Missständen bei
4 Arbeitnehmer*innenrechten beinhalten.

5
6
7 Begründung:

8
9 Die Enthüllungen von Edward Snowden sind inzwischen drei Jahre her. Seit dem wissen wir,
10 dass jeder Mensch, der sich online bewegt oder über elektronische Dienste kommuniziert,
11 nahezu vollständig überwacht werden kann und in der Regel auch wird. Jede SMS oder
12 WhatsApp-Nachricht, jede besuchte Internetseite, jedes Telefongespräch, jedes Word-
13 Dokument und nahezu alles, was wir an digitalen Daten aufbringen, kann ohne unser Wissen
14 mitgelesen, gespeichert und ausgewertet werden. Gleichzeitig wächst die Menge an
15 anfallenden Daten jeden Tag an. In den letzten drei Jahren sind beispielsweise sog. Fitness-
16 Tracker in unseren Alltag eingedrungen, die detaillierte Auskunft über unser Alltagsverhalten
17 ermöglichen und erschreckend zuverlässige Vorhersagen erlauben.
18 Der Wunsch einer Souveränität über die eigenen Daten ist aktuell nur als Farce denkbar. Trotz
19 weltweiter Beachtung, insbesondere der Person Edward Snowdens, wurde die
20 Massenüberwachung durch staatliche Organe mitnichten beschränkt, sondern weiter
21 ausgebaut. Auch der BND bewegt sich hier auf der falschen Seite der Geschichte. Dagegen
22 müssen wir weiterhin national und vor allem international ankämpfen. Das Mindeste jedoch ist,
23 die Solidarität mit denjenigen Menschen, die uns überhaupt erst auf diese Missstände
24 hingewiesen haben. Ihnen verdanken wir es, dass Totalüberwachung nicht nur schlimmste
25 Befürchtung von Nerds, sondern nachgewiesener Fakt ist. Dennoch warten wir bis heute auf
26 eine gesetzliche Regelung zum Schutz von Whistleblower*innen, zu mindestens in
27 Deutschland. Wir halten fest: Wir haben nicht vergessen! Whistleblower*innen müssen endlich
28 geschützt werden.

- 29
30
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: IR 4

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Ausbau der digitalen Mobilität

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Das Internet ist ein Grundrecht, so entschied es der Bundesgerichtshof am 24.01.2013.
3 Seitdem sind wir nicht besonders weit gekommen, was Stabilität und Ausbau der Netze,
4 Anpassung der Bildungssysteme und Überarbeitung der Kosten- und Finanzierungsmodelle
5 angeht.

6
7 **Deswegen fordern wir:**

- 8
- 9 1. Das Breitbandangebot überall so auszubauen, dass es den modernen Medien und
10 Standards mehr als genügt und ausbaufähig bleibt. Immerhin handelt es sich nicht um
11 ein nationales Medium, sondern ein Internationales. Während weltweit Südkorea
12 Spitzenreiter ist, mit einer Übertragungsrage von 23 MB/s im Durchschnitt, aber auch
13 europäische Staaten wie die Niederlande (15.2 MB/s) gut im Rennen liegen, liegt
14 Deutschland (10.7 MB/s) für eine so reiche Industrienation weit zurück. Auch hier
15 handelt es sich nur um Durchschnittswerte, der reguläre Haushalt bei der größeren
16 Bevölkerung in Deutschland liegt vermutlich weit darunter. Deswegen fordern wir bis
17 2025 den Ausbau in jedem Haushalt auf mindestens 30 MB/s zu ermöglichen.
 - 18 2. Den Ausbau des Bildungsangebots an Schulen, in Bezug auf moderne Medien und
19 digitale Gesellschaft muss sehr viel stärker vorangetrieben werden. Offenes WLAN an
20 allen Schulen, ein neuer, digitaler Unterricht und neue Ausstattungen für Schüler*innen
21 und Lehrer*innen sind unbedingt notwendig, wenn wir jedem, unabhängig des sozialen
22 Ursprungs, die gleichen Möglichkeiten in der Bildung ermöglichen wollen.
 - 23 3. Wir stimmen den sozialen Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse mit und um das
24 Internet des auf dem Bundesparteitag beschlossenen Antrags "#digitalLeben" zu.
 - 25 4. Muss im Zuge des Ausbaus immer wieder überprüft werden, ob das Internet als
26 Informationsstrom und -quelle der Zukunft nicht beitragsfrei oder zumindest nahezu frei
27 für Privatpersonen und -Haushalte bleiben sollte.
 - 28 5. Die Aufweichung und Auflösung der Netzneutralität lehnen wir entschieden ab.

29
30 Begründung:

31
32 Erfolgt mündlich!

- 33
34
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: IR 5
Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
Betr.: Keine Werbung für ausbeuterische Sexarbeit

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Gesetz auszuarbeiten und in den Bundestag
3 einzubringen, durch das Werbung für Sexarbeit verboten wird, wenn diese
4 menschenverachtend ist und Menschen als Ware darstellt.

5
6
7 Begründung:

8
9 Mancherorts sind Plakate für „Freudenhäuser“ zu lesen, auf denen „mehr als 100 Girls“ zu lesen
10 ist. Dies setzt Frauen mit Ware gleich, die stets vorrätig scheinen und sich der Kunde „etwas“
11 aussuchen kann. Dies ist frauen- und menschenverachtend, vor allem vor dem Hintergrund, wie
12 auch viele dieser Menschen zu dieser Arbeit genötigt werden.

13
14
 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
01. Juli 2016
Stadthalle Stadtallendorf**

Antrag: IR 6

Antragsteller: Bezirkskonferenz AG 60 plus

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Auslagenersatz für Ehrenamtliche bei gemeinnützigen Aufgaben

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der Parteivorstand und die Fraktionen werden gebeten, sich für eine gesetzliche Regelung
2 einzusetzen, wonach Ehrenamtliche einen Rechtsanspruch auf Kostenerstattung bei Ableistung
3 von gemeinnützigen Tätigkeiten erhalten. Hierzu sollen auch die erforderlichen Fortbildungs-
4 und Qualifizierungskosten zählen. Bei Erstattungsverzicht soll grundsätzlich eine steuerlich
5 absetzbare Zuwendungsbestätigung erfolgen.
6

7
8 Begründung:

9
10 Die wachsende Herausforderung und Erwartung an das ehrenamtliche Engagement unserer
11 Gesellschaft setzt auch voraus, dass sich jeder das Ehrenamt „leisten kann“. Bereits heute gibt
12 es, besonders im Bereich der Rentnerinnen und Rentner, zahlreiche Personen, die in der Lage
13 wären, sich ehrenamtlich zu engagieren, aber in Folge ihrer prekären Finanzsituation hierzu
14 nicht in der Lage sind. Durch die vorhersehbar steigende Altersarmut wird dieser Personenkreis
15 größer werden, andererseits der Bedarf an Ehrenamtlichen steigen.
16 Das Ehrenamt wird unentgeltlich geleistet, ist aber nicht kostenlos.
17
18
19
20

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: IR 7

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Hassparolen in der politischen Auseinandersetzung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass durch eine Neufassung
3 der entsprechenden gesetzlichen Regelung nicht nur wie bisher der ausdrückliche Aufruf zur
4 Gewalt, sondern auch schon Hass-schürende Hetze unter Strafe gestellt wird. Dabei ist eine
5 klare Definition des Straftatbestandes erforderlich.

6
7
8 **Begründung:**

9
10 In der politischen Auseinandersetzung haben die verbalen Entgleisungen sowohl bei
11 öffentlichen Kundgebungen als auch in Internet-Foren ein erschreckendes Ausmaß
12 angenommen. Um einer weiteren Verrohung entgegenzuwirken, sollte jede Form von Hass-
13 schürende unter Strafe gestellt werden.

14
15
16
17
18
19

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

r
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Antrag: O 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Keine Spenden von wehrtechnischer Industrie

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die SPD auf zukünftig keine Spenden von waffenherstellenden Unternehmen und
3 Unternehmern anzunehmen, die nicht im Einklang mit den Werten der SPD stehen.
4
5
6 Begründung:
7
8 Wir verstehen uns als Sozialdemokraten im Einklang mit dem Hamburger Programm der SPD,
9 Punkt 9 aus dem Hamburger Programm "Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen
10 Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese
11 internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in Deutschland und Europa. Jegliche
12 Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab. Krieg darf kein Mittel der Politik sein."
13 Mit Auge auf wachsende Exportzahlen im Waffenbereich und mit einem SPD Minister im Resort
14 das die Exporte genehmigen muss darf es sich die SPD nicht in eine Position begeben sich
15 dem Vorwurf frei zugeben dass Politik durch Spenden beeinflusst werden könnte. Auch darf
16 nicht der Eindruck entstehen, dass sich Waffenhersteller für den Export einkaufen könnten in
17 sozialdemokratische Politik. Es besteht hier die Möglichkeit Glaubwürdigkeit zu wahren und
18 auszubauen und durchsetzen eines Zeichens auch klar für die sozialdemokratischen Werte des
19 Hamburger Programmes einzutreten.

20
21
22
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: O 4

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bezirksvorstand

Betr.: Der Basis eine Stimme geben: Keine hauptamtlichen Mandatsträger*innen zum Konvent

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die Delegation des SPD-Bezirks Hessen-Nord für den SPD-Parteikonvent soll sich
3 ausschließlich aus ehrenamtlich tätigen Genoss*innen zusammensetzen. Hauptamtliche
4 Mandatsträger*innen kommen nicht mehr als stimmberechtigte Delegierte zum Parteikonvent in
5 Frage. Die Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Nord muss entsprechend durch den BV
6 überarbeitet und dem nächsten SPD-Bezirksparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
7
8

9 Begründung:

10
11 Der Parteikonvent wurde mit dem ambitionierten Ziel geschaffen, die Parteibasis zwischen den
12 Bundesparteitag in die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei
13 einzubeziehen. Der Blick auf die jeweilige Zusammensetzung zeigt jedoch, dass die
14 Schnittmenge erheblich war und beim Konvent ebenso wie beim Parteitag hauptamtliche
15 Mandatsträger*innen überproportional berücksichtigt waren. Die politische Konsequenz daraus
16 wurde im vergangenen Jahr deutlich, als die Parteiführung die Debatte zur
17 Vorratsdatenspeicherung zu einer persönlichen Schicksalsfrage stilisierte – was legitim
18 gewesen wäre, wäre sie damit tatsächlich den ehrenamtlichen Repräsentant*innen ihrer Basis
19 gegenüber getreten.
20 So aber befanden sich diverse Abgeordnete in einer enormen Drucksituation zwischen den
21 Erwartungen der Parteispitze, mit der die eigene Zukunft mehr oder weniger verknüpft ist, und
22 dem Votum der Parteigliederungen, die zu vertreten ihre eigentliche Aufgabe war. In der
23 nordhessischen wie auch in den meisten anderen Delegationen stimmten daher viele
24 hauptamtliche Mandatsträger*innen explizit gegen die nur wenige Wochen zuvor errungenen
25 Beschlusslagen ihrer Bezirke oder Landesverbände.
26 Wir wollen, dass diese Beschlusslagen wieder ernst genommen werden, dass „die Basis“ auch
27 auf der Bundesebene eine wirkliche Stimme bekommt. Dies gelingt nur, wenn wir die
28 hauptamtlichen Mandatsträger*innen aus dieser Verantwortungsabwägung befreien und
29 Ehrenamtlichen die Vertretung unseres Bezirks auf dem Konvent anvertrauen.
30
31
32

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Antrag: O 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 In Deutschland ist es seit einigen Jahren möglich bei der Geburt eines Kindes kein Geschlecht
3 in die Geburtsurkunde eintragen zu lassen. Mit dieser Änderung wurde ein wichtiger Schritt für
4 Menschen geleistet, die sich nicht eindeutig in das binäre Geschlechtersystem aus „männlich“
5 und „weiblich“ einordnen lassen.
6
7 In der Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form
8 einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte der
9 Bundesrepublik in dieser Frage nicht nachstehen und Möglichkeiten schaffen, dass sich alle
10 Menschen in ihr wiederfinden können.
11
12 Wir fordern deshalb, die MAVIS auf ihre verwaltungsadministrative Tauglichkeit zu überprüfen.
13 Wir kritisieren scharf die unverständliche Maßnahme, das Gedächtnis der Partei zu löschen.

14
15
16 Begründung:

17
18 Erfolgt mündlich.

19
20

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf**

Initiativantrag: 01

Antragsteller: Ausreichende Anzahl an Delegierten.

Adressat:

Betr.: Werkschließung von Johnson Controls in Dautphetal
Friedensdorf

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordhessen protestieren gegen die
2 beschlossene Werksschließung der Firma Johnson Controls in Dautphetal Friedensdorf.

3

4 Wir sind schockiert von diesem massiven und endgültigen Eingriff.

5

6 Dies ist nicht nur ein herber Schlag für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
7 deren Familien. Diese Werksschließung wirkt sich auch auf die gesamte Region um den
8 Werkstandort in Dautphetal Friedensdorf negativ aus.

9

10 Der Parteitag appelliert an den Vorstand der Firma Johnson Controls diese unternehmerische
11 Entscheidung noch einmal zu überdenken.

12

13 Es muss eine akzeptable Lösung für die Weiterführung des Werkes gefunden werden. Es kann
14 nicht sein, dass auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein so genannter
15 Standortwettbewerb zu einer ungerechten Standortschließung führt. Bisher wurde nicht
16 kooperativ mit dem Betriebsrat zusammengearbeitet.

17

18 Wir appellieren dringend an die Geschäftsführung mit Betriebsrat sowie Mitarbeiterinnen und
19 Mitarbeitern und politischen Verantwortlichen ein gemeinsames Gespräch zu führen.

20

21 Es muss eine Lösung gefunden werden, die nicht das Ende dieses Standortes bedeutet, für die
22 im Unternehmen arbeitenden Menschen.

23

24

25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
2. Juli 2016
Stadtallendorf

Initiativantrag: 2

Antragsteller: Ausreichende Zahl an Unterstützern

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag

Betr.: EEG

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir lehnen die EEG-Novelle 2016 ab und fordern die folgenden Änderungen aufzunehmen:
2
3 1. Die erneuerbaren Energien haben eine Dimension erreicht, die die Parallelität von neuem
4 Energiesystem und den alten Strukturen unmöglich macht. Deshalb ist ein „Fahrplan“ zu
5 entwickeln, der den gesamten Energiesektor ins Auge fasst. Bei der Weiterentwicklung des
6 EEG ist der Wärme-, bzw. Kälte- Erzeugungsbereich mit zu berücksichtigen. Auch die
7 Elektro-Mobilität im Individual-Verkehr mit den sich daraus ergebenden Verbrauchs- und
8 Speicherstrukturen ist zu berücksichtigen. (Begriff: Sektorkopplung)
9
10 2. Die weiterhin geplante Industrieförderung, die von den kleinen Stromverbrauchern bezahlt
11 wird, ist abzulehnen, denn eine solche Förderung (Senkung der EEG-Umlage für
12 stromintensive Industrien) ist aus Steuermitteln zu finanzieren.
13
14 3. Die geplanten 1,6 Mrd. Euro für die Reserve von stillgelegten alten Braunkohlekraftwerken
15 ist zu streichen, da solche Kraftwerke völlig ungeeignet sind, bei kurzfristigem Strombedarf
16 einzuspringen. Stattdessen ist eine entsprechende Speichertechnologie und der dezentrale
17 Ausbau voranzutreiben.
18
19 4. Der bisher geplante Netzausbau entspricht nicht den Anforderungen einer dezentralen
20 Energieversorgung und ist daher entsprechend zu überarbeiten. Ob in diesem
21 Zusammenhang die riesigen 1 GW-Übertragungsleitungen (HGÜ) notwendig sind, ist zu
22 überprüfen.
23
24 5. Zu mindestens ist die Vorgabe der Europäischen Kommission einer De-minimis-Regelung
25 (max. 18 MW Windpark ohne Ausschreibungsverfahren) in das Gesetz zu übernehmen. Es
26 ist kein Gegenargument, dass dann nur noch Windparks mit 6 Windenergieanlagen a 3 MW
27 (WEA) gebauten würden. Diese Größenordnung entspricht weitgehend den Bedürfnissen
28 der dezentralen Energieversorgung und belastet die Landschaft nicht über die Maßen.
29
30 6. Fotovoltaik- und Biomasse-Ausbau sind wieder stärker zu fördern. Von einer Degression,
31 die in den entsprechenden Industrien schon viele Arbeitsplätze gekostet hat (hier z. B.: bei
32 SMA, Kirchner, Stiens, Viessmann usw.- nur in unserem Bereich) ist für die nächsten Jahre
33 abzusehen. Dies würde auch für diesen Bereich Planungssicherheit bedeuten.
34
35 7. Das Börsenstrom-System zur Ermittlung des Strompreises ist in Frage zu stellen. Durch
36 den volatil auftretenden immer größer werdenden Überschuss an Strom aus regenerativen
37 Quellen sinkt der Börsenstrompreis immer weiter ab. (z. T. schon deutlich unter 3 Ct. pro

38 kWh). Ein Preis zu dem kein Stromerzeuger – auch die großen Energieversorger – Strom
39 herstellen kann.

40
41 8. Zum Einsparen von Energie in allen Bereichen (Strom, Wärme/Kälte <Häuser, Industrie>,
42 Mobilität) sind gesetzliche Zielvorgaben zu entwickeln und in bestimmten Zeitabständen zu
43 überprüfen. Minderverbrauch ist zu fördern. Mehrverbrauch zu sanktionieren. Energie die
44 nicht verbraucht wird muss weder erzeugt, transportiert und (evtl. im Ausland) gekauft
45 werden! Dafür wurden bisher ca. 100 Mrd. Euro jährlich ausgegeben (für Öl, Gas und
46 Kohle).

47
48
49 Begründung:

50
51 Es steht der SPD gut an, eine Vision für die zukünftige Entwicklung der Energieversorgung zu
52 entwickeln. Dabei geht es auch um viele zukunftsfähige Arbeitsplätze und das Beispiel einer auf
53 klima- ressourcen-schonenden Politik weltweit.

54
55 Bei einer Berücksichtigung der o. g. Punkte würde der Umbau unseres
56 Energieversorgungssystems beschleunigt und viele Strukturen dieser Entwicklung im Interesse
57 der Bevölkerung, dezentralen Versorgung und der Bürgerbeteiligung angepasst.

- 58
59
60
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an